



**Geschäftsführung
Ausschuss Allgemeine Verwaltung
und Rechtsfragen / Vergabe /
Internationales**

Frau Mahmod

Telefon: (0221) 221 25001

Fax: (0221) 221 26565

E-Mail: midia.mahmod@stadt-koeln.de

Datum: 23.05.2018

Niederschrift

über die **Sitzung des Ausschusses Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales** in der Wahlperiode 2014/2020 am Montag, dem 23.04.2018, 17:00 Uhr bis 18:54 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theo-Burauen-Saal (Raum-Nr. B 121)

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Bernd Petelkau	CDU	
Herr Dr. Gerrit Krupp	SPD	
Herr Christian Joisten	SPD	anwesend ab 17:02 Uhr
Frau Monika Möller	SPD	
Herr Frank Schneider	SPD	
Herr Dr. Ralph Elster	CDU	
Herr Werner Marx	CDU	
Frau Dr. Birgitt Killersreiter	GRÜNE	
Herr Manfred Richter	GRÜNE	
Herr Hans Schwanitz	GRÜNE	
Frau Güldane Tokyürek	DIE LINKE	
Herr Volker Görzel	FDP	

Stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder

Herr Dr. Walter Gutzeit	CDU	i. V. f. Herrn Stephan Pohl
-------------------------	-----	-----------------------------

Beratende Mitglieder

Herr Christer Cremer	auf Vorschlag der AfD	
Herr Michael Kühle	FDP-Fraktion (auf Vorschlag der Grünen)	
Herr Thomas Hegenbarth	BUNT	
Herr Markus Wiener		anwesend ab 17:03 Uhr
Herr Marcel Adolf	auf Vorschlag der StadtAG Behindertenpolitik	
Herr Stefan-Lazar Mitu	INK	

Herr Alf Bernd Spröde	Völklinger Kreis e.V.
Frau Dr. Annette Wittmütz	auf Vorschlag der SPD
Herr Axel Hopfauf	auf Vorschlag der CDU
Herr Christoph Schmitz	CDU
Frau Alexandra Staufenbiel	auf Vorschlag der CDU
Herr Daniel Bauer-Dahm	GRÜNE

Stellvertretende beratende Mitglieder

Herr Jörg Detjen	DIE LINKE	anwesend bis 17:54 Uhr i. V. f. Herrn Tjark Sauer
------------------	-----------	--

Verwaltung

Herr Stadtdirektor Dr. Stephan Keller	
Herr Beigeordneter Dr. Harald Rau	
Frau Andrea Ziegenhan	
Frau Dolores Burkert	Personal- und Verwaltungsmanagement (11)
Herr Dr. Engel	Amt für Informationsverarbeitung (12)
Frau Dr. Monique Offelder	Kommunalverfassungsrecht (OB/2)
Herr Engelbert Rummel	Amt für öffentliche Ordnung (32)
Herr Dirk Schmaul	Amt für öffentliche Ordnung (32)
Herr Frieder Wolf	Internationale Angelegenheiten (OB/5)

Gleichstellungsbeauftragte

Frau Dagmar Dahmen

GPR

Herr Jörg Dicken

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Stephan Pohl	CDU	vertreten durch Herrn Dr. Walter Gutzeit
-------------------	-----	--

Beratende Mitglieder

Herr Thomas Hilden	auf Vorschlag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	
Frau Valentina Kerst	auf Vorschlag der SPD	
Herr Tjark Sauer	Linke	vertreten durch Herrn Jörg Detjen bis 17:54 Uhr

Stellvertretende beratende Mitglieder

Herr Eli Abeke	BÜNDNIS 14
Herr Björn Blank	SC Janus e.V.

Herr Petelkau begrüßt die Anwesenden. Er trägt die folgenden Vorschläge der Verwaltung zur Zusetzung in die Tagesordnung vor.

I. Öffentlicher Teil

- 4.5 Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik und Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender
hier: Beschlussempfehlungen zur Gewährung von Aufwandsentschädigung und Sitzungsgeld
1109/2018
- 4.6 Einrichtung des Amtes für Verkehrsmanagement, Neustrukturierung des Amtes für Straßen und Verkehrsentwicklung
1189/2018
- 4.8 Neuorganisation des Personal- und Verwaltungsmanagements
1141/2018
(Der TOP wurde ursprünglich als TOP 13.3 (nichtöffentlicher Teil) umgedruckt.)
- zu TOP 6.3 Stellungnahme der Verwaltung vom 17.04.2018
1177/2018
- zu TOP 6.4 Stellungnahme der Verwaltung vom 23.04.2018
1287/2018
- zu TOP 6.6 Stellungnahme der Verwaltung vom 13.04.2018
1058/2018
- zu TOP 10.3 Antrag des sachkundigen Einwohners Herrn Adolf auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

II. Nichtöffentlicher Teil

- 17.10 Bedarfsfeststellung zur Beschaffung von Mobiliar für die Zentrale Unterhalts-heranziehung des Amtes für Soziales und Senioren
0850/2018

Er teilt mit, dass darüber hinaus kurzfristig folgender Dringlichkeitsantrag eingereicht wurde:

- 8.2 Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Leitbild Ordnungsdienst 2020"
AN/0629/2018

Er möchte wissen, ob eine mündliche Begründung der Dringlichkeit erforderlich ist.

MdR Dr. Krupp teilt mit, dass er die Begründung gerne hören wolle, da die Mitteilung unter TOP 4.1 bereits dreimal auf der Tagesordnung gestanden habe. Nun zwei Stunden vor Sitzungsbeginn den o. g. Antrag einzureichen, wecke Zweifel an den Motiven der Dringlichkeit.

MdR Dr. Elster teilt mit, dass die Mitteilung der Verwaltung u. a. auch von Beschaffungsvorgängen spricht. Exakt dazu äußere sich auch der vorliegende Dringlichkeitsantrag bzw. Ergänzungsantrag. Dieser sei folglich dadurch dringlich, weil die Mitteilung der Verwaltung jetzt vorliegt und vom Ausschuss zur Kenntnis genommen werden soll.

Der Vorsitzende lässt den Ausschuss über die Dringlichkeit des Antrages abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Der Dringlichkeit wird mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD-Fraktion und bei Enthaltung der FDP-Fraktion zugestimmt.

MdR Tokyürek bittet darum, dass TOP 6.2 zur nächsten AVR-Sitzung am 28.05.2018 zurückgestellt wird, da ihre Fraktion noch keine Gelegenheit gehabt habe, sich mit der Beantwortung auseinanderzusetzen.

MdR Richter bezieht sich auf TOP 10.2 und möchte wissen, ob der zuständige Fachausschuss über die Vorlage bereits entschieden habe.

Der Vorsitzende teilt mit, dass der Ausschuss Soziales und Senioren die Vorlage in seiner Sitzung am 19.04.2018 zurückgestellt hat. Daher müsse der AVR die Vorlage nun ebenfalls zurückstellen.

Der Ausschuss erklärt sich mit der folgenden Tagesordnung einverstanden:

I. Öffentlicher Teil

1 Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten

2 Internationales

3 Beantwortung von Anfragen aus vorherigen Sitzungen

4 Mitteilungen der Verwaltung

4.1 Zielbild 2020 - Maßnahmen zur Stärkung des städtischen Ordnungsdienstes 2763/2017

Mitteilung zum Antrag AN/0135/2018 der Fraktion DIE GRÜNEN in der BV 7 (Porz) vom 30.01.2018
0668/2018

4.2 Veröffentlichung der Broschüre 2020: Köln liebt Vielfalt Diversity Konzept 0841/2018

4.3 Mitteilung betreffend "Beantwortung der Anfrage AN/0937/2017 aus der Sitzung des Ausschusses Kunst und Kultur am 27.06.2017" 2484/2017

- 4.4 Veranstaltungstage "KölnDigital"
1066/2018
- 4.5 Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik und Stadtarbeitsgemeinschaft
Lesben, Schwule und Transgender
hier: Beschlussempfehlungen zur Gewährung von Aufwandsentschädigung
und Sitzungsgeld
1109/2018
- 4.6 Einrichtung des Amtes für Verkehrsmanagement, Neustrukturierung des Amtes
für Straßen und Verkehrsentwicklung
1189/2018
- 4.7 Einrichtung einer Stellenbewertungskommission
0565/2018
- 4.8 Neuorganisation des Personal- und Verwaltungsmanagements
1141/2018
- 5 Allgemeine Verwaltungsorganisation**
- 6 Schriftliche Anfragen**
- 6.1 Anfrage der Fraktion DieLinke betreffend "Datenübermittlung an das Bundesamt
für das Personalmanagement der Bundeswehr" zur Sitzung am
12.03.2018
AN/0378/2018
- Stellungnahme der Verwaltung vom 12.03.2018
0786/2018
- 6.2 Anfrage der Fraktion DieLinke betreffend "Auszubildende der städtischen Kliniken,
die bei der Stadt angestellt sind" zur Sitzung am 12.03.2018
AN/0377/2018
- Stellungnahme der Verwaltung vom 05.04.2018
0798/2018
- 6.3 Anfrage der Gruppe BUNT betreffend "Kinderfeuerwehren, Nachwuchs- und
Gesundheitsförderung bei der Kölner Feuerwehr – Sachstand 2017" zur Sitzung
am 12.03.2018
AN/0380/2018
- Stellungnahme der Verwaltung vom 17.04.2018
1177/2018

- 6.4 Anfrage der CDU-Fraktion betreffend "Tagung der Kölner Hochschulen und Vertretern der Wirtschaft mit Vertretern der Hochschulen der Kölner Partnerstädte" zur Sitzung am 23.04.2018
AN/0404/2018

Stellungnahme der Verwaltung vom 23.04.2018
1287/2018

- 6.5 Anfrage der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen und der FDP-Fraktion betreffend "Funktionsfähigkeit des Taxigewerbes in Köln" zur Sitzung am 23.04.2018
AN/0414/2018

Stellungnahme der Verwaltung vom 05.04.2018
0952/2018

- 6.6 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend "Bewachung von Flüchtlingswohnheim durch Rockergruppen" zur Sitzung am 23.04.2018
AN/0448/2018

Stellungnahme der Verwaltung vom 13.04.2018
1058/2018

- 6.7 Anfrage der Gruppe BUNT betreffend "Antikorruption in Köln - Brauchen wir ein besseres Controlling, z. B. bei der Unterbringung von Flüchtlingen?" zur Sitzung am 23.04.2018
AN/0536/2018

7 Mündliche Anfragen

8 Anträge

- 8.1 Richtlinien des Rates für die Neu- und Umbenennung von Straßen und Plätzen
AN/0070/2017

Stellungnahme der Verwaltung vom 02.02.2017
0338/2017

- 8.2 Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Leitbild Ordnungsdienst 2020"
AN/0629/2018

9 Platzvergaben

- 9.1 Genehmigung für die Durchführung von Veranstaltungen auf den zentralen Innenstadtplätzen für das 2. Halbjahr 2018
0134/2018

- 9.2 Roncalliplatz: Durchführung der Ausstellung Transition vom 20.04.2018 - 06.05.2018
1054/2018

10 Allgemeine Vorlagen

- 10.1 Richtlinie für die Benennung von Straßen
2998/2017

- 10.2 Satzung der Stadt Köln über die Errichtung und Unterhaltung von Einrichtungen für obdachlose Personen; Satzung der Stadt Köln über die Erhebung von Gebühren für die Inanspruchnahme von Einrichtungen für obdachlose Personen
0373/2018

- 10.3 Neubau des Kölnischen Stadtmuseums und des Studiengebäudes für das Römisch-Germanische Museum im Rahmen des Neubaus Historische Mitte

Hier: Erweiterter Planungsbeschluss auf der Basis der Weiterentwicklung des Wettbewerbsentwurfs des Büros Staab Architekten, erster Preisträger des Realisierungswettbewerbs
0353/2018

Antrag des sachkundigen Einwohners Herrn Adolf auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
AN/0648/2018

- 10.4 Ersatzbeschaffung einer Komponente zum bestehenden Data Warehouse
0643/2018

- 10.5 Modernisierung der Leitstelle der Feuerwehr Köln - Projekt „Leitstelle 2020“
Umsetzungsbeschluss Teil 1 - IT-Technik
0778/2018

- 10.6 15. Satzung zur Änderung der Satzung der Zusatzversorgungskasse der Stadt Köln
0885/2018

- 10.7 Einrichtung einer Fahrradstaffel beim Ordnungs- und Verkehrsdienst
0419/2018

11 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen

II. Nichtöffentlicher Teil

12 Beantwortung von Anfragen aus vorherigen Sitzungen

13 Mitteilungen der Verwaltung

13.1 Ersatzbeschaffung von zwei Frankieranlagen
0742/2018

13.2 Einrichtung einer Stellenbewertungskommission
Der TOP wird im öffentlichen Teil unter TOP 4.8 behandelt.

13.3 Neuorganisation des Personal- und Verwaltungsmanagements
Der TOP wird im öffentlichen Teil unter TOP 4.8 behandelt.

14 Schriftliche Anfragen

15 Mündliche Anfragen

16 Anträge

17 Allgemeine Vorlagen

17.1 Prüfbericht Anordnung und Vergütung von Über-/Mehrarbeitsstunden bei 32 -
Amt für öffentliche Ordnung
3155/2017

17.2 Öffentliche Ausschreibung des Weihnachtsmarktes auf dem Rudolfplatz im
Zeitraum 2019 - 2023
0091/2018

17.3 Bedarfsfeststellungsbeschluss im Rahmen des erhöhten Risikomanagements
der Stadt Köln in ihrer Funktion als fiktive Veranstalterin bei Großveranstal-
tungen und ähnlichen Anlässen mit großen Menschenansammlungen
0810/2018

17.4 Bedarfsfeststellung und Durchführung eines Vergabeverfahrens zum Ab-
schluss einer Rahmenvereinbarung über die Lieferung von Büropapier für den
allgemeinen Bedarf und von Papier für die städtische Druckerei
0508/2018

17.5 Bedarfsfeststellung und Durchführung eines Offenen Vergabeverfahrens zum
Abschluss von Verträgen über die Unterhalts-, Grund- und Feuchtreinigung in
insgesamt 27 Objekten (Verwaltungsgebäuden, Schulen, Kindertagesstätten,
etc.) -Paket 1a-
0751/2018

- 17.6 Bedarfsfeststellung und Durchführung eines Vergabeverfahrens zum Abschluss einer Rahmenvereinbarung über die Dienstleistungen „Dolmetscher“ für den allgemeinen Bedarf
0887/2018
- 17.7 Bedarfsfeststellung und Durchführung eines Offenen Vergabeverfahrens zum Abschluss von Verträgen über die Unterhalts-, Grund- und Feuchtreinigung in insgesamt 25 Objekten (Verwaltungsgebäuden, Schulen, Kindertagesstätten, etc.) -Paket 22-
0538/2018
- 17.8 Wahl der Vertrauenspersonen für den Ausschuss zur Wahl der Jugendschöffinnen/Jugendschöffen und Schöffinnen/Schöffen beim Amtsgericht Köln
0801/2018
- 17.9 Bedarfsfeststellung zur weiteren Nutzung des gemeinsamen Archivspeichers im Dachverband kommunaler IT-Dienstleister (KDN)
0737/2018
- 17.10 Bedarfsfeststellung zur Beschaffung von Mobiliar für die Zentrale Unterhalts-heranziehung des Amtes für Soziales und Senioren
0850/2018

I. Öffentlicher Teil

- 1 **Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten**
- 2 **Internationales**
- 3 **Beantwortung von Anfragen aus vorherigen Sitzungen**
- 4 **Mitteilungen der Verwaltung**
- 4.1 **Zielbild 2020 - Maßnahmen zur Stärkung des städtischen Ordnungsdienstes
2763/2017**

**Mitteilung zum Antrag AN/0135/2018 der Fraktion DIE GRÜNEN in der BV
7 (Porz) vom 30.01.2018
0668/2018**

Der Vorsitzende schlägt vor, den Tagesordnungspunkt wegen Sachzusammenhang gemeinsam mit dem Tagesordnungsordnungspunkt

- 8.2 **Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Leitbild Ordnungsdienst 2020"
AN/0629/2018**

zu behandeln und mit der Behandlung des Dringlichkeitsantrages zu beginnen. *Der Ausschuss hat der Dringlichkeit vor Eintritt in die Tagesordnung mehrheitlich zugestimmt.*

MdR Richter bezieht sich auf den vorliegenden Dringlichkeitsantrag. Dieser runde das überaus wichtige Thema „Leitbild Ordnungsdienst 2020“ noch einmal ab und hebe einzelne Aspekte hervor. Seine Fraktion begrüße ausdrücklich, dass der Ordnungsdienst in einer wachsenden Stadt wie Köln mit erhöhten Sicherheitsanforderungen und mit erhöhten Bedarfen in Bezug auf die Nutzung des öffentlichen Raumes weiterentwickelt wird, insbesondere hinsichtlich der Schwerpunktthemen, die im Leitbild beschrieben werden, wie beispielsweise der Bereich *Qualifizierung*. Dennoch habe seine Fraktion zu einzelnen Punkte noch Ergänzungswünsche bzw. Änderungsbedarf, wie beispielsweise im Bereich *Ausrüstung*. Daher möchte er im Folgenden schwerpunktmäßig auf einige Ziffern des Dringlichkeitsantrages eingehen:

Zu Ziffer 1:

Für seine Fraktion sei es von großer Wichtigkeit, dass das Rollenbild des Ordnungsdienstes, welches im Leitbild richtigerweise eher formaljuristisch beschrieben werde, noch einmal geschärft und die wichtige Scharnierfunktion des Ordnungsdienstes zwischen Bürgerinnen und Bürgern und der Stadt herausgearbeitet wird. Ebenso sollte auch die moderierende und konfliktlösende Kompetenz des Ordnungsdienstes in die Weiterentwicklung des Rollenbildes des Ordnungsdienstes mitaufgenommen werden.

Zu Ziffer 4:

Seiner Fraktion sei es ebenfalls wichtig, dass das bereits sehr umfangreiche Schulungsprogramm des Ordnungsdienstes ergänzt wird. In einer sehr vielfältigen Stadt sei es erforderlich, dass die Kompetenzen stückweise ausgebaut werden und die Kompetenzbereiche „Konfliktlösungsstrategien“, „Interkulturelle Kompetenzen“ und „Selbstverteidigungstechniken“ mit in den Schulungskader aufgenommen werden.

Zu Ziffer 5:

Ein weiterer wichtiger Punkt sei das Ausrüstungsvorhaben des Ordnungsdienstes. Hier habe man sowohl intern wie auch im Rahmen vieler Diskussionsveranstaltungen lange mit sich gerungen. Es sei zwar nachvollziehbar, dass man im Zusammenhang mit konfliktären Situationen auch erhöhte Verteidigungsausrüstungsgegenstände in Betracht gezogen hat. Gleichwohl sei die Anschaffung des Reizstoffsprühgerätes Jet Protector „JPX“, welches ähnlich aussieht wie eine Pistole, aus Sicht seiner Fraktion für die Reizgasabgabe über Distanz in Konfliktsituationen zu eskalierend. Daher sollte dieses Gerät nicht weiter verfolgt bzw. angeschafft werden.

Zu Ziffer 6:

Vor dem Hintergrund, dass der Ordnungsdienst nun peu à peu anders ausgerüstet wird, u. a. auch mit Teleskopabwehrstöcken, sollte dem AVR jährlich ein Bericht über den Einsatz der Teleskopabwehrstöcke sowie der Reizstoffsprühgeräte vorgelegt werden.

Abschließend fasst er zusammen, dass das richtige und wichtige von der Verwaltung vorgelegte „Leitbild Ordnungsdienst 2020“ durch den vorliegenden Dringlichkeitsantrag entsprechend ergänzt bzw. abgeändert werden soll.

MdR Dr. Krupp teilt mit, dass der vorliegenden Dringlichkeitsantrag an einigen Punkten bereits in die richtige Richtung gehe. Gleichwohl möchte seine Fraktion allerdings darum bitten, punktwise über den Antrag abzustimmen, da sie an einigen Stellen Änderungsbedarfe hat, auf welche er im Folgenden eingehen möchte:

Zu Ziffer 1:

Diese Ziffer könne gerne beschlossen werden, wenn auch die Funktion des Leitbildes in der Mitteilung der Verwaltung eigentlich bereits aufgeführt werde.

Zu Ziffer 2:

Seine Fraktion sei damit einverstanden, dass die bestehenden Ordnungspartnerschaften zwischen Polizei und Ordnungsdienst ausgebaut werden. Allerdings sollte der zweite Satz, der festlegt, dass der Bezirk Innenstadt dafür ein Pilotprojekt sein soll, aus Sicht seiner Fraktion gestrichen werden. Sie sei der Meinung, dass insbesondere in den Veedeln und Vororten Ordnungspartnerschaften dringend erforderlich wären und daher so zu sagen dort erprobt werden sollten, zumal es in der Innenstadt hierzu bereits entsprechende Erfahrungen gebe.

Zu Ziffer 3:

Er teilt mit, dass seine Fraktion diesen Punkt nicht unterstützen möchte, da sie die Vorgabe, in Landschafts- und Naturschutzgebieten sowie allgemeinen Grünflächen verstärkt Kontrollgänge durchzuführen, für zu übergriffig gegenüber der Verwaltung halte. Seine Fraktion sei der Auffassung, dass der Ordnungsdienst selbst am besten darüber Bescheid wisse, wo die Schwerpunkte akut gefordert sind und wo schwerpunktmäßig bestreift werden muss.

Zu Ziffer 4:

Diese Ziffer sei aus Sicht seiner Fraktion soweit in Ordnung. Sie würde allerdings gerne ergänzen, dass auch die Bereiche „Teleskopstock“ und „Reizgas“ ständig und laufend trainiert werden. Diese Bereiche seien nämlich besonders wichtig und sollten daher noch einmal betont werden.

Zu Ziffer 5:

Es sei mittlerweile bereits öffentlich bekannt, dass seine Fraktion auch gegen die Anschaffung des Reizstoffsprühgerätes Jet Protector „JPX“ ist. Dass nun auf die Anschaffung dieses Gerätes verzichtet werden soll, könne seine Fraktion daher nur begrüßen. Ihr sei allerdings wichtig, dass nicht die Situation eintritt, dass der Ordnungsdienst künftig gar kein Reizstoffsprühgerät mehr zur Hand hat. Dieses sei nämlich durchaus notwendig, um sich defensiv zu verteidigen. Daher wäre es seiner Fraktion ein Anliegen, in die Ziffer 5 mitaufzunehmen, dass selbstverständlich ein gut funktionierendes Reizstoffsprühgerät vorhanden sein wird.

Darüber hinaus möchte seine Fraktion von der Verwaltung in Bezug auf das im Leitbild erwähnte Reizstoffsprühgerät 8 wissen, welche Lagen überhaupt für den Ordnungsdienst in Betracht kommen, bei denen der Einsatz eines solchen Sprühgerätes, welches eigentlich bei Demonstrationen eingesetzt wird, erforderlich ist.

Zu Ziffer 6 und 7:

Er teilt mit, dass seine Fraktion mit diesen Ziffern einverstanden ist.

Abschließend wiederholt er, dass seine Fraktion über den vorliegenden Dringlichkeitsantrag gerne punktweise abstimmen möchte und dazu einlädt, die Anregungen seiner Fraktion zu reflektieren bzw. anzunehmen.

MdR Görzel merkt an, dass der vorliegende Dringlichkeitsantrag dem Ausschuss äußerst kurzfristig vorgelegt worden ist und schließt sich dem Wunsch der SPD-Fraktion an, über den Antrag punktweise abzustimmen. Anschließend äußert er sich zu den einzelnen Ziffern:

Zu Ziffer 1:

Diese Ziffer könne gerne beschlossen werden, auch wenn er den Aspekt eigentlich als Selbstverständlichkeit ansehe.

Zu Ziffer 2:

Er teilt mit, dass auch seine Fraktion der Auffassung ist, dass man sich hinsichtlich der Ordnungspartnerschaften zwischen Polizei und Ordnungsamt nicht ausschließlich auf den Bereich der Innenstadt kaprizieren sollte. Insbesondere da hier bereits Erfahrungen gesammelt worden sind, sollte darüber nachgedacht werden, ob nicht an anderen Hotspots die Zusammenarbeit zwischen Polizei und Ordnungsamt erforderlich wäre.

Zu Ziffer 3:

Auch hier teile seine Fraktion die Auffassung der SPD-Fraktion. Es sollten keine Schwerpunkte von der Politik vorgegeben werden, wo von der Verwaltung verstärkt Kontrollgänge von Ordnungsdienst-Mitarbeitenden durchgeführt werden sollten etc. Bei allem Verständnis für Landschafts- und Naturschutzgebiete sowie für allgemeine Grünflächen gehe dieser Aspekt aus seiner Sicht zu weit.

Zu Ziffer 4:

Er teilt mit, dass seine Fraktion mit dieser Ziffer einverstanden sei. Allerdings merkt er für seine Fraktion an, dass hier nicht der Eindruck entstehen dürfe, dass man alle Konflikte durch „Interkulturelle Kompetenzen“ oder gutes Zureden lösen könne. Stattdessen gehe er davon aus, dass nach wie vor auch ein robustes Auftreten der Ordnungskräfte erforderlich ist.

Er möchte von der Verwaltung wissen, nach welchen Maßgaben derzeit die Bereiche „Konfliktlösungsstrategien“, „Interkulturelle Kompetenzen“ und „Selbstverteidigungstechniken“ abgebildet sind und ob hier aus Sicht der Fachverwaltung überhaupt Handlungsbedarf besteht.

Zu Ziffer 5:

Er merkt an, dass die Meinungen hinsichtlich der Anschaffung des Reizstoffsprühgerätes Jet Protector „JPX“ bekanntlich auseinandergehen. Zwar sei er an dieser Stelle

kein Fachmann, er lege allerdings Wert darauf, dass es für dieses Gerät zumindest ein Äquivalent gibt.

Zu Ziffer 6 und 7:

Er teilt mit, dass seine Fraktion mit diesen Ziffern einverstanden ist, auch wenn er die angesprochene Evaluation und Überprüfbarkeit ein wenig für bürokratischen Aufwand halte, der nach seiner Einschätzung allerdings ohnehin vorgenommen werden müsse, um die Maßnahmen zu überprüfen.

MdR Tokyürek begrüßt, dass nun einige Beschlusspunkte zum „Leitbild Ordnungsdienst 2020“ vorliegen und spricht sich ebenfalls für eine punktweise Abstimmung des Dringlichkeitsantrages aus. Im Folgenden geht sie auf die einzelnen Ziffern des Antrages, abgesehen von Ziffer 1, ein:

Zu Ziffer 2:

Sie merkt an, dass das Thema *Ordnungspartnerschaften zwischen Polizei und Ordnungsdienst* in dem von der Verwaltung vorgelegten „Leitbild Ordnungsdienst 2020“ nur am Rande vorkomme. Wenn sie sich nun Ziffer 2 des vorliegenden Dringlichkeitsantrages anschau, frage sie sich, warum das Thema *Sozialraumorientierung und Streetwork* in diesem Zusammenhang nicht erwähnt wird. Dies müsse aus Sicht ihrer Fraktion in jedem Fall noch ergänzt werden. Die vorliegende Formulierung sei für ihre Fraktion unzureichend. Es sei wichtig, dass Streetworkerinnen und Streetworker ebenfalls vorhanden sind und positiv auf die Konflikte bzw. Situationen einwirken.

Zu Ziffer 3:

Hierzu vertrete ihre Fraktion eine ähnliche Auffassung wie ihre Vorredner. Auch ihr erschließe sich nicht, warum dem Ordnungsdienst vorgegeben werden soll, was er konkret machen soll bzw. in welchen Bereichen er verstärkte Kontrollgänge durchführen soll.

Zu Ziffer 4:

Selbstverständlich müsse man im Rahmen des Schulungskonzeptes den Kompetenzbereich „Konfliktlösungsstrategien“ anbieten. Entgegen der Auffassung der FDP-Fraktion halte sie auch den Bereich „Interkulturelle Kompetenzen“ für überaus wichtig. Diese Kompetenz sollte man in einer Stadt wie Köln aus ihrer Sicht aufweisen, um bestimmte Konflikte zu vermeiden bzw. aufzulösen. Der Kompetenzbereich „Selbstverteidigungstechniken“ sei ebenso erforderlich.

Sie merkt an, dass man sich hier insgesamt in einem Spannungsfeld befindet. Einerseits möchte man die Ordnungsdienst-Mitarbeitenden selbstverständlich schützen, auf der anderen Seite steht die Frage, was man ihnen hierzu an die Hand gibt.

Zu Ziffer 5:

Es sei begrüßenswert, dass man auf das Reizstoffsprühgerät Jet Protector „JPX“ verzichten möchte. Die Anschaffung dieses Gerätes hätte ihre Fraktion ohnehin nicht gewollt.

Zu Ziffer 6:

Auch den Einsatz der Teleskopabwehrstöcke halte ihre Fraktion nicht für erforderlich. Hier gebe es andere Möglichkeiten, damit solche Abwehrmittel nicht zum Zuge kommen, beispielsweise eine Ausweitung der Ziffer 4 um weitere Schulungsbereiche.

Aus ihrer Sicht sei es schwierig, die Menschen so gut auszubilden, dass der Umgang mit solchen Abwehrmitteln gut funktioniert. Daher würde ihre Fraktion den Einsatz der Teleskopabwehrstöcke ablehnen.

Zu Ziffer 7:

Aus ihrer Sicht sei es selbstredend, dass der AVR als zuständiger Fachausschuss stets über die Nachbereitung der Einsätze informiert wird.

Abschließend wiederholt sie ihre Anregung zu Ziffer 2, das Thema *Sozialraumorientierung und Streetwork* entsprechend zu ergänzen. Aus einer Sicht würde dies der Polizei und dem Ordnungsdienst sehr helfen.

MdR Hegenbarth ergreift das Wort und nimmt zu den folgenden Ziffern des Dringlichkeitsantrages Stellung:

Zu Ziffer 5:

Er möchte wissen, wie die Verwaltung dazu stehen würde, wenn nun auf die Anschaffung des Reizstoffsprühgerätes Jet Protector „JPX“ verzichtet werden soll. Er möchte wissen, ob die Verwaltung diese Entscheidung so hinnehmen würde bzw. welche Alternativen es an dieser Stelle gibt. Insbesondere vor dem Hintergrund, dass das bereits von MdR Dr. Krupp angesprochene Reizstoffsprühgerät 8 eben nicht für den individuellen Einsatz geeignet sei, sondern für einen Großeinsatz, wie auch immer dieser fiktiv aussehen soll.

Zu Ziffer 6:

Er teilt mit, dass seine Gruppe sehr begrüßt, dass die Einsätze evaluiert werden sollen und jährlich ein Bericht vorgelegt werden soll. Seine Gruppe habe sich hiernach in der Vergangenheit im Rahmen diversen Anfragen auch immer mal wieder erkundigt.

Abschließend fügt er hinzu, dass einzelne Bezirksvertretungen ein wenig verärgert darüber waren, dass sie lediglich per Mitteilung von der Verwaltung über das „Leitbild Ordnungsdienst 2020“ informiert worden sind. Er erkundigt sich nach dem Sachstand und möchte wissen, ob an dieser Stelle geplant ist, die Bezirksvertretungen in Zukunft ein wenig mehr einzubinden.

Der Vorsitzende weist auf den Antrag der Bezirksvertretung Porz hin. Dieser sei im Vergleich zu dem vorliegenden Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen kein eigenständiger Antrag, sondern beziehe sich konkret auf die Mitteilung der Verwaltung zum „Leitbild Ordnungsdienst 2020“. Er möchte daher von der Verwaltung wissen, wie mit dem Antrag der Bezirksvertretung Porz formell umgegangen werden soll.

Herr Stadtdirektor Dr. Keller bezieht sich auf die Wortbeiträge der Ausschussmitglieder.

Bereits bei Einbringung der Mitteilung im Dezember 2017 habe er ausgeführt, dass die Verwaltung die Frage der Ausrüstung, Ausbildung und Ausstattung des Ordnungsdienstes für eine Frage halte, die der Organisationsgewalt der Oberbürgermeisterin unterliegt und nicht der politischen Beschlussfassung. Daher sei dem Ausschuss und den Bezirksvertretungen eine Mitteilung und keine Beschlussvorlage vorgelegt worden.

Er fügt hinzu, dass der Mitteilung 0668/2018 das Votum der Verwaltung zu dem Antrag der Bezirksvertretung Porz entnommen werden kann. Die dortigen Ausführungen würden grundsätzlich auch für den nun vorliegenden Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen gelten.

Im Folgenden bezieht er Stellung zu einzelnen Ziffern des Dringlichkeitsantrages:

Zu Ziffer 2:

Er weist darauf hin, dass zu einer Ordnungspartnerschaft immer zwei Parteien dazugehören. Selbst wenn die Verwaltung also einen Ausbau der bestehenden Ordnungspartnerschaften anstrebt, sei sie stets darauf angewiesen, dass die Polizei hierfür ebenfalls entsprechende Kapazitäten bereitstellt.

Im Übrigen gebe es einen Ratsbeschluss zum Verhältnis der Ordnungspartnerschaft und der Sozialraumorientierung. Er betont, dass die Verwaltung das Thema *Sozialraumorientierung* selbstverständlich auf dem Schirm habe, aber seines Wissens nach

nun nicht jeder Doppelstreife eine Streetworkerin bzw. ein Streetworker beifügen werde oder ähnliches.

Zu Ziffer 3:

Die Frage der Tätigkeiten des Ordnungsdienstes in Landschafts- und Naturschutzgebieten sowie allgemeinen Grünflächen sei aus seiner Sicht eine politische Zielsetzung, die einer politischen Beschlussfassung auch zugänglich sei.

Zu Ziffer 4:

Fragen zu der konkreten Ausgestaltung der Fortbildungsprogramme halte er für weniger zugänglich für eine politische Beschlussfassung.

Er bezieht sich auf die Nachfrage von MdR Görzel zu dem Status quo des Schulungskonzeptes des Ordnungsdienstes. Alle Bereiche, die unter Ziffer 4 des vorliegenden Dringlichkeitsantrages aufgeführt werden, sehe die Verwaltung im „Leitbild Ordnungsdienst 2020“ bzw. auch heute bereits berücksichtigt. Es sei nicht so, dass die Bereiche nicht zum Schulungsprogramm der Ordnungsdienst-Mitarbeitenden gehören würden. Das „Leitbild Ordnungsdienst 2020“ soll insbesondere dafür sorgen, dass man beim Thema *Schulungen und Ausbildung* noch besser aufgestellt ist als bisher.

Zu Ziffer 5:

Er teilt mit, dass er Fragen zu den Ausrüstungsgegenständen ebenfalls für weniger zugänglich für eine politische Beschlussfassung halte. Sollte der Dringlichkeitsantrag bzw. insbesondere Ziffer 5 des Dringlichkeitsantrages hier im Ausschuss die Mehrheit finden, werde die Verwaltung auch selbstverständlich auf die Anschaffung des Reizstoffsprühgerätes Jet Protector „JPX“ verzichten und das Votum des Ausschusses respektieren. Aus seiner Sicht zeige der Dringlichkeitsantrag durchaus die Notwendigkeit auf, einmal klären zu lassen, wie weit an dieser Stelle die Organisationsgewalt der Oberbürgermeisterin reicht.

Selbstverständlich hätte sich die Verwaltung gewünscht, dass das Reizstoffsprühgerät Jet Protector „JPX“ angeschafft werden kann, sonst wäre es nicht vorgeschlagen worden. Die Verwaltung sei der Auffassung, dass dieses Gerät eine sinnvolle Ergänzung zu der Ausrüstung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wäre und habe sich die Entscheidung nicht leicht gemacht. Sowohl in der Führungsebene des Dezernates I bzw. des Ordnungsamtes als auch mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sei hierüber intensiv diskutiert worden. Letztendlich gebe es eine sehr breite Mehrheit innerhalb der Mitarbeiterschaft hinsichtlich der Anschaffung des Gerätes und die Betroffenen, die auf der Straße Dienst tun, seien mehrheitlich der Auffassung, dass das Gerät eine sinnvolle Ergänzung der Ausrüstung wäre. Auch mit dem Personalrat sei die Angelegenheit entsprechend abgestimmt worden. Nichtsdestotrotz würde er das Votum des Ausschusses an dieser Stelle respektieren, auch wenn er es rechtlich nicht für bindend halte. Bereits jetzt werde das Reizstoffsprühgerät 3 eingesetzt, dieses werde man auch weiterhin einsetzen. Die Überlegung, das Reizstoffsprühgerät Jet Protector „JPX“ anzuschaffen, resultiere aus der Gegebenheit, dass das Reizstoffsprühgerät 3 weniger zielgenau ist und größere Distanzen nicht überwinden kann, die das Reizstoffsprühgerät Jet Protector „JPX“ allerdings überwinden könnte. Insofern sei das Reizstoffsprühgerät 3 für die Einsatzzwecke des Ordnungsdienstes nicht optimal bzw. hinterlasse eine Lücke, die das Reizstoffsprühgerät Jet Protector „JPX“ füllen könnte. Man werde das Reizstoffsprühgerät 3, welches ohnehin bereits zur Ausrüstung gehört, dann weiterführen und nicht abschaffen. Dieses Gerät werde im Übrigen auch von der Polizei verwendet, wobei man sich immer vor Augen halten müsse, dass die Polizei unter anderen Voraussetzungen agiert und ohnehin über Schusswaffen verfügt.

Er führt aus, dass das Reizstoffsprühgerät 8 nicht zur individuellen Ausrüstung eines jeden Ordnungsdienstlers gehören wird, sondern auf Fahrzeugen mitgeführt und bei

bestimmten Großeinsatzlagen zum Einsatz gebracht wird, sofern es erforderlich ist. Er gehe davon aus, dass dies ein absoluter Ausnahmefall sein wird. Allerdings habe man es nicht nur mit Menschenansammlungen zu tun, die unter das Versammlungsrecht fallen und damit ausschließlich Polizeiangelegenheiten sind, sondern auch andere Einsatzlagen bzw. Ansammlungen von Störern, bei denen das Gerät zur Selbstverteidigung durchaus zum Einsatz kommen kann.

Der Vorsitzende bedankt sich bei Herrn Stadtdirektor Dr. Keller für seine Ausführungen.

MdR Dr. Elster fasst zusammen, dass der Dringlichkeitsantrag von allen Fraktionen bis auf den einen oder anderen Punkt grundsätzlich erst einmal positiv aufgegriffen worden ist und bedankt sich dafür.

Er bezieht sich im Folgenden auf die einzelnen Ziffern des Dringlichkeitsantrages, abgesehen von Ziffer 1:

Zu Ziffer 2:

Diese Ziffer zum Thema *Ordnungspartnerschaft* sei selbstverständlich erst einmal eine Anregung und soll der Verwaltung eigentlich nur den Rücken stärken, diesen Weg weiterzugehen. Außerdem sei die Ziffer auch als Anreiz für die Polizei gedacht, dieses Thema entsprechend aufzugreifen. Initial sei die Verwaltung in ihrer Mitteilung „Leitbild Ordnungsdienst 2020“ zumindest bereits auf die Ordnungspartnerschaft im Bereich der Kölner Ringe eingegangen. Da es aus seiner Sicht wichtig sei, Schwerpunkte nach Bedarfen zu setzen, sehe die Ziffer 2 des Dringlichkeitsantrages vor, dass der Bezirk Innenstadt ein Pilotprojekt sein soll. Schließlich habe die Verwaltung selbst in ihrer Mitteilung diverse Schwerpunkte benannt, die fast ausschließlich Innenstadtlagen sind.

Das Thema *Sozialraumorientierung und Streetwork* sollte hiermit nicht vermengt werden. Dahinter stehe ein anderes Konzept. Herr Stadtdirektor Dr. Keller habe eben bereits mitgeteilt, dass nicht jeder Doppelstreife eine Streetworkerin bzw. ein Streetworker beigelegt wird. Gleichwohl sei das Thema *Sozialraumorientierung und Streetwork* sehr wichtig und soll mit dem vorliegenden Dringlichkeitsantrag auch nicht in Abrede gestellt werden.

Zu Ziffer 3:

Er teilt mit, dass es Anfang der 2000er Jahre eindeutig so vorgesehen war, die Landschafts- und Naturschutzgebiete regelmäßig zu bestreifen. Dies sei dann allerdings irgendwann ein wenig in den Hintergrund gerückt. Die Verwaltung selbst mache nun darauf aufmerksam, dass insbesondere Naturschutzgebiete aktuell im Fokus bestimmter Personengruppen stehen und dort zurzeit teilweise Nutzungen durchgeführt werden, die nicht mit dem Thema *Naturschutz* in Einklang stehen, seiner Erinnerungen nach handele es sich dabei beispielsweise um Konzerte. Wenn Landschafts- und Naturschutzgebiete innerhalb des Stadtgebietes ausgewiesen werden, dann sei selbstverständlich auch dafür Sorge zu tragen, dass entsprechend auch der Landschafts- und Naturschutz gewahrt werden. An dieser Stelle müsse die Verwaltung versuchen, dem Ausschuss das Thema konzeptionell nahezubringen. Wie wichtig eine Bestreifung in Grünflächen ist, stehe im Übrigen heute auch hinlänglich in der Presse. Demnach sei noch einmal mehr deutlich geworden, dass insbesondere die verschiedenen Grillpartys in den einzelnen Grüngürteln an Wochenenden nicht unbedingt dazu beitragen, dass der Charakter der Grünfläche langfristig gewahrt wird. Daher sei es erforderlich, dort verstärkt Kontrollgänge durchzuführen und dem Ausschuss darzulegen, wie das Thema konzeptionell abgedeckt werden kann.

Zu Ziffer 4:

Diese Ziffer sei mehr oder weniger als Hinweis an die Verwaltung zu verstehen. Das

Schulungskonzept des Ordnungsdienstes sei bereits Teil der Mitteilung. Herr Stadtdirektor Dr. Keller habe eben noch einmal mündlich betont, dass das Thema Schulungen bereits im Fokus steht.

Zu Ziffer 5:

Hinsichtlich der Anschaffung des Reizstoffsprühgerätes Jet Protector „JPX“ gebe es nach seinem Kenntnisstand aktuell keine Mehrheit im Rat. Insofern wäre es gut, wenn die Verwaltung, auch auf Basis des vorliegenden Dringlichkeitsantrages, tatsächlich auf die Anschaffung des Gerätes verzichten würde.

Zu Ziffer 6 und 7:

Die Verwaltung habe bereits angekündigt, dass sie eine Evaluation des „Leitbild Ordnungsdienst 2020“ anstrebt und dem Ausschuss regelmäßig berichten wird.

Im Rahmen der geplanten Evaluation soll nun auch die Nachbereitung der Einsätze der Teleskopabwehrstöcke und der Reizstoffsprühgeräte, die von der Verwaltung eingesetzt werden, erfolgen. Dies sei die eigentliche Neuerung. Damit hier im Ausschuss auf Basis dieser Evaluation noch einmal über den Einsatz der Gegenstände debattiert werden kann.

Abschließend merkt er an, dass der Dringlichkeitsantrag aus seiner Sicht eine ausgewogene Ergänzung zu dem darstellt, was die Verwaltung im Rahmen der Mitteilung „Leitbild Ordnungsdienst 2020“ vorgelegt hat. Insofern dürfe er die Mitteilung der Verwaltung im Namen der CDU-Fraktion an dieser Stelle noch einmal ausdrücklich loben.

Der Vorsitzende lässt den Ausschuss punktweise über TOP 8.2 abstimmen:

Punkt 1:

Beschluss:

Grundlage eines fortentwickelten Ordnungsdienstes ist ein klares Rollenverständnis. In der Fortschreibung des Leitbilds Ordnungsdienst 2020 wird dieses Rollenbild bis Ende 2018 entwickelt. Schwerpunkte des Rollenbildes soll die moderierende, konfliktlösende Kompetenz des Ordnungsdienstes sein.

Abstimmungsergebnis:

Bei Gegenstimme der Fraktion DieLinke mehrheitlich zugestimmt.

Punkt 2:

MdR Dr. Krupp beantragt, Satz 2 zu streichen.

Der Vorsitzende lässt den Ausschuss über den geänderten Beschlussvorschlag abstimmen.

Geänderter Beschluss:

Die bestehenden Ordnungspartnerschaften zwischen Polizei und Ordnungsdienst sollen ausgebaut werden.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt bei Gegenstimmen der SPD-Fraktion und der FDP-Fraktion sowie bei Enthaltung der Fraktion DieLinke.

Anschließend lässt der Vorsitzende den Ausschuss über den ursprünglichen Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschluss:

Die bestehenden Ordnungspartnerschaften zwischen Polizei und Ordnungs-

dienst sollen ausgebaut werden. Der Bezirk Innenstadt soll dafür ein Pilotbezirk sein.

Abstimmungsergebnis:

Bei Gegenstimme der Fraktion DieLinke mehrheitlich zugestimmt.

Punkt 3:

MdR Dr. Krupp beantragt, Punkt 3 in Gänze zu streichen.

Der Vorsitzende teilt mit, dass dies bei einer punktweisen Abstimmung nicht möglich ist.

Beschluss:

In Landschafts- und Naturschutzgebieten sowie allgemeinen Grünflächen sollen verstärkt Kontrollgänge von Ordnungsdienst-Mitarbeitenden durchgeführt werden.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich zugestimmt bei Gegenstimmen der SPD-Fraktion, der FDP-Fraktion und der Fraktion DieLinke.

Punkt 4:

MdR Dr. Krupp beantragt, den Satz aufzunehmen, dass auch die Bereiche „Teleskopstock“ und „Reizgas“ unterjährig mehrmals geschult werden. Dies sei laut Konzept nur einmal jährlich vorgesehen.

Der Vorsitzende lässt den Ausschuss über den geänderten Beschlussvorschlag abstimmen.

Geänderter Beschluss:

Das Schulungskonzept des Ordnungsdienstes wird ergänzt um die Kompetenzbereiche „Konfliktlösungsstrategien“, „Interkulturelle Kompetenzen“ und „Selbstverteidigungstechniken“. Darüber hinaus sollen regelmäßige Supervisionsmodule zur Besprechung und Bearbeitung besonders konfliktträchtiger Arbeitssituationen angeboten werden.

Zudem sollen die Bereiche „Teleskopstock“ und „Reizgas“ unterjährig mehrmals geschult werden.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt bei Gegenstimmen der SPD-Fraktion.

Anschließend lässt der Vorsitzende den Ausschuss über den ursprünglichen Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschluss:

Das Schulungskonzept des Ordnungsdienstes wird ergänzt um die Kompetenzbereiche „Konfliktlösungsstrategien“, „Interkulturelle Kompetenzen“ und „Selbstverteidigungstechniken“. Darüber hinaus sollen regelmäßige Supervisionsmodule zur Besprechung und Bearbeitung besonders konfliktträchtiger Arbeitssituationen angeboten werden.

Abstimmungsergebnis:

Bei Gegenstimme der Fraktion DieLinke mehrheitlich zugestimmt.

Punkt 5:

MdR Dr. Krupp beantragt, den Satz zu ergänzen, dass die Verwaltung noch einmal prüft, ob es andere Reizstoffsprühgeräte gibt, die die Zielrichtung besser erfüllen als das vorhandene Gerät aber nicht die Problematik mit sich bringen, den Anschein einer Pistole zu erwecken.

Herr Stadtdirektor Dr. Keller teilt mit, dass dies bereits geprüft worden sei; solche Geräte gebe es nicht.

Der Vorsitzende lässt den Ausschuss über den geänderten Beschlussvorschlag abstimmen.

Geänderter Beschluss:

Auf die Anschaffung des „Reizstoffsprühgerät Jet Protector JPX“ wird verzichtet.

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob es andere Reizstoffsprühgeräte gibt, die die Zielrichtung besser erfüllen als das vorhandene Gerät aber nicht die Problematik mit sich bringen, den Anschein einer Pistole zu erwecken.

Abstimmungsergebnis:

Bei Gegenstimme der SPD-Fraktion mehrheitlich abgelehnt.

Anschließend lässt der Vorsitzende den Ausschuss über den ursprünglichen Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschluss:

Auf die Anschaffung des „Reizstoffsprühgerät Jet Protector JPX“ wird verzichtet.

Abstimmungsergebnis:

Bei Gegenstimme der FDP-Fraktion mehrheitlich zugestimmt.

Punkt 6:

Beschluss:

Dem Ausschuss wird jährlich ein Bericht über den Einsatz der Teleskopabwehrstöcke sowie der Reizstoffsprühgeräte vorgelegt.

Abstimmungsergebnis:

Bei Gegenstimme der Fraktion DieLinke mehrheitlich zugestimmt.

Punkt 7:

Beschluss:

Die Nachbereitung dieser Einsätze erfolgt im Rahmen der geplanten Evaluation des Leitbildes 2020.

Abstimmungsergebnis:

Bei Gegenstimme der Fraktion DieLinke mehrheitlich zugestimmt.

Abschließend lässt der Vorsitzende den Ausschuss über den Dringlichkeitsantrag in unveränderter Form abstimmen:

Beschluss:

1. Grundlage eines fortentwickelten Ordnungsdienstes ist ein klares Rollenverständnis. In der Fortschreibung des Leitbilds Ordnungsdienst 2020 wird dieses Rollenbild bis Ende 2018 entwickelt. Schwerpunkte des Rollenbildes soll die moderierende, konfliktlösende Kompetenz des Ordnungsdienstes sein.
2. Die bestehenden Ordnungspartnerschaften zwischen Polizei und Ordnungsdienst sollen ausgebaut werden. Der Bezirk Innenstadt soll dafür ein Pilotbezirk sein.
3. In Landschafts- und Naturschutzgebieten sowie allgemeinen Grünflächen sollen verstärkt Kontrollgänge von Ordnungsdienst-Mitarbeitenden durchgeführt werden.
4. Das Schulungskonzept des Ordnungsdienstes wird ergänzt um die Kompetenzbereiche „Konfliktlösungsstrategien“, „Interkulturelle Kompetenzen“ und „Selbstverteidigungstechniken“. Darüber hinaus sollen regelmäßige Supervisionsmodule zur Besprechung und Bearbeitung besonders konflikträchtiger Arbeitssituationen angeboten werden.
5. Auf die Anschaffung des Reizstoffsprüngerät Jet Protector "JPX" wird verzichtet.
6. Dem Ausschuss wird jährlich ein Bericht über den Einsatz der Teleskopabwehrstöcke sowie der Reizstoffsprüngeräte vorgelegt.
7. Die Nachbereitung dieser Einsätze erfolgt im Rahmen der geplanten Evaluation des Leitbildes 2020.

Abstimmungsergebnis:

Bei Gegenstimme der Fraktion DieLinke mehrheitlich zugestimmt.

Der Ausschuss nimmt die beiden Mitteilungen unter TOP 4.1 zur Kenntnis.

4.2 Veröffentlichung der Broschüre 2020: Köln liebt Vielfalt Diversity Konzept 0841/2018

Gedruckte Exemplare der o. g. Broschüre wurden für die Ausschussmitglieder verteilt.

Der Vorsitzende bedankt sich im Namen des Ausschusses bei der Verwaltung für die Erstellung der Broschüre.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

4.3 Mitteilung betreffend "Beantwortung der Anfrage AN/0937/2017 aus der Sitzung des Ausschusses Kunst und Kultur am 27.06.2017" 2484/2017

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

4.4 Veranstaltungstage "KölnDigital" 1066/2018

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

4.5 Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik und Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender hier: Beschlussempfehlungen zur Gewährung von Aufwandsentschädigung und Sitzungsgeld 1109/2018

Herr Spröde erinnert an die Broschüre „Köln liebt Vielfalt“, die der Ausschuss soeben im Rahmen von TOP 4.3 dankenswerterweise zur Kenntnis genommen hat.

Als stimmberechtigtes Mitglied der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender und vermutlich auch im Namen von Herrn Adolf seitens der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik könne er nur betonen, dass dort sehr viel Mann- und Womanpower sowie ein hohes Engagement vorzufinden sind. Bedauerlicherweise müsse man allerdings feststellen, dass dieses Engagement zwar wertgeschätzt aber nicht gleichgeschätzt wird. Insofern sei es zu der in der vorliegenden Mitteilung aufgeführten Beschlussempfehlung der genannten Stadtarbeitsgemeinschaften gekommen. Ziel sei einerseits die Gleichbehandlung mit der Stadtarbeitsgemeinschaft Seniorenpolitik sowie andererseits die Gewährleistung einer Wertigkeit insbesondere im Hinblick auf Diversity. Er kündigt an, hier im Ausschuss im Interesse der Stadtarbeitsgemeinschaften gleich auch einen entsprechenden mündlichen Antrag zur Beschlussfassung zu stellen.

Herr Adolf ergänzt, dass die Stadtarbeitsgemeinschaften jeweils vier Mal pro Jahr tagen und qualitativ hochwertige Arbeit leisten. Daher und auch vor dem Hintergrund, dass die Stadt Köln für Vielfalt und Diversity steht, sollte das Anliegen im Rahmen des Möglichen liegen.

MdR Richter merkt an, dass das Thema kürzlich hier im Ausschuss angesprochen worden ist. Bei hoher Sympathie für diese Gleichbehandlung sollte man aus seiner Sicht jedoch nicht ad hoc zu einer möglichen Beschlussfassung kommen. Er empfiehlt daher, bis zur nächsten AVR-Sitzung am 28.05.2018 noch einmal prüfen zu lassen, ob es rechtliche Bedenken gibt und welche Summe an Finanzmitteln erforderlich wäre. Anschließend könne man dann im Lichte dessen zu einer Entscheidung kommen. Abschließend merkt er an, dass die Seniorenvertretung seines Wissens nach von den Bürgerinnen und Bürger gewählt wird.

Der Vorsitzende teilt mit, dass die Hauptsatzung nach seinem Kenntnisstand mündliche Anträge nicht vorsieht. Die Angelegenheit müsse folglich in einen regulären Prozess gebracht werden. Er möchte der rechtlichen Stellungnahme nicht vorgreifen, aber wenn dieses Interesse tatsächlich ausgesprochen werden sollte, müsste man ein anderes formelles Verfahren finden. Allerdings seien zuvor auch aus seiner Sicht weitere rechtliche Informationen erforderlich, was und wie überhaupt umgesetzt werden kann.

MdR Detjen bedankt sich zunächst einmal bei den beiden Vertretern für ihr Engagement. Dieses sei in der Sitzung des Ausschusses Soziales und Senioren am 19.04.2018 auch bereits positiv gewürdigt worden.

Seine Fraktion sei der Meinung, dass hier schnell ein Weg gefunden werden muss und würde es für sinnvoll halten, wenn alle Stadtarbeitsgemeinschaften und Interessenverbände bzw. der Integrationsrat zusammengelegt und als Gesamtes geregelt werden. In diesem Zusammenhang habe die Verwaltung auch bereits eine entsprechende tabellarische Übersicht erstellt. Diesbezüglich habe er in der Sitzung des Ausschusses Soziales und Senioren auch vorgeschlagen, dass die Geschäftsführungen der Fraktionen eingebunden werden. Dies sei äußerst wichtig, damit auch der direkte Weg in die Fraktionen genommen wird. Er berichtet, dass die Anregung, die finanziel-

len Mittel im Amt der Oberbürgermeisterin anzubinden, in der Sitzung des Ausschusses Soziales und Senioren auf große Sympathie gestoßen sei. So entstehe keine soziale Argumentation in Bezug auf die Höhe des Sozialertrags usw. Die Angelegenheit sollte als eine Form der Demokratie angesehen werden und der Etat daher zum Amt der Oberbürgermeisterin gehören, ebenso wie auch die Kosten für die Ratsmitglieder usw. zum Amt der Oberbürgermeisterin gehören.

MdR Dr. Elster teilt mit, dass die vorliegende Mitteilung der Verwaltung bzw. des Sozialdezernenten grundsätzlich zu begrüßen sei. Seine Fraktion erwarte nun, dass die Sozialverwaltung dem Ausschuss im nächsten Schritt einen entsprechenden Vorschlag vorlegt, wie das Anliegen umgesetzt werden kann. Dann könne der Ausschuss über diesen Vorschlag beraten.

Insofern schlägt er Herrn Spröde vor, keinen mündlichen Antrag zu stellen sondern gleich eine mündliche Anfrage an die Verwaltung zu richten, inwieweit diese gedenkt, auf Basis der vorliegenden Mitteilung nun auch eine entsprechende Beschlussvorlage zu erstellen. Auf diesem Wege werde das Thema dann entsprechend bearbeitet. Er könne nur bestätigen, dass man hier nicht mit zweierlei Maß messen könne. Es könne nicht sein, dass ein Mitglied aus einem Gremium eine Aufwandsentschädigung erhält und ein anderes Mitglied aus einem anderen Gremium keine Aufwandsentschädigung erhält, weil dort andere Konstrukte bestehen. Dies sei nicht gerecht und der Sache nicht dienlich. Aufwand entstehe da, wo sich Menschen ehrenamtlich engagieren. Zumindest eine Aufwandsentschädigung sei aus seiner Sicht daher absolut angemessen.

Abschließend dankt er der Verwaltung für die Zusammenstellung.

MdR Dr. Krupp teilt mit, dass die SPD-Fraktion für das Anliegen ebenfalls Sympathie empfindet und dies auch unabhängig davon, ob man formaljuristisch unterscheidet, ob es sich um gewählte oder nicht gewählte Mitglieder handelt. Fakt sei, dass die Mitglieder ehrenamtliche Arbeit leisten, so wie es auch die Ratsmitglieder und die sachkundigen Personen tun. Da sei es nur recht und billig, sie dabei zu unterstützen. Selbstverständlich gehe niemand einem Ehrenamt nach, um Geld zu verdienen, es sei allerdings angemessen, den entstandenen Aufwand zu ersetzen. Seine Fraktion würde allerdings zuvor ebenfalls um rechtliche Klärung bitten. Anschließend stehe dem Anliegen aus seiner Sicht nichts entgegen.

Er hätte sich gewünscht, dass seitens der Verwaltung heute bereits eine entsprechende Beschlussvorlage vorgelegt worden wäre. Stattdessen liege hier nun eine Mitteilung mit dem Inhalt vor, dass die genannten Stadtarbeitsgemeinschaften eine gleichlautende Beschlussempfehlung an den Ausschuss Soziales und Senioren und den AVR gefasst haben. Bei einer entsprechenden Beschlussfassung müsse die Angelegenheit im Haushalt 2019 Berücksichtigung finden, wobei der Haushalt nicht messerscharf geschnitten sei, so dass für diese beiden Gremien vermutlich auch im laufenden Jahr Sitzungsgeld zur Verfügung stehen würde.

Herr Spröde teilt mit, dass er gerne den Hinweis von MdR Dr. Elster annimmt und die Angelegenheit im Namen der Stadtarbeitsgemeinschaften gerne als mündliche Anfrage an die Verwaltung stellt.

Er betont, dass die Stadt Köln u. a. auch mit Diversity wirbt und dass bestimmte Angelegenheiten nicht kostenneutral sein können.

Er merkt an, dass dem Diversity-Konzept einzelne Zahlen entnommen werden können. Die Anzahl der Personen, die durch die Stadtarbeitsgemeinschaften vertreten wird, sei überaus groß. Insofern möchte er die Angelegenheit gerne in eine gewisse zeitliche Nähe rücken, auch um es in den Stadtarbeitsgemeinschaften entsprechend vertreten zu können.

Abschließend bedankt er sich bei dem Ausschuss für die Unterstützung.

Herr Beigeordneter Dr. Rau teilt mit, dass er den Auftrag gerne annimmt, dem Ausschuss einen entsprechenden Beschlussvorschlag zu unterbreiten und vorher in der Verwaltung abzustimmen. Insgesamt gehe es um die einzelnen Stadtarbeitsgemeinschaften sowie um weitere Gremien. Um eine vergleichbare Behandlung dieser Gremien herzustellen, benötige die Verwaltung eine gewisse Zeit. Daher habe man dem Ausschuss auch heute noch keine Beschlussvorlage vorlegen können. Die Verwaltung nehme sich der Angelegenheit aber gerne an und werde zur nächsten AVR-Sitzung am 28.05.2018 den Sachstand berichten und dem Ausschuss dann möglicherweise auch bereits eine entsprechende Beschlussvorlage vorlegen.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

4.6 Einrichtung des Amtes für Verkehrsmanagement, Neustrukturierung des Amtes für Straßen und Verkehrsentwicklung 1189/2018

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

4.7 Einrichtung einer Stellenbewertungskommission 0565/2018

Frau Burkert ergreift das Wort und trägt die vorbereitete Folienpräsentation (*siehe Anlage der Mitteilung*) über die Einrichtung einer Stellenbewertungskommission vor. Anschließend bedankt sich der Vorsitzende bei Frau Burkert für ihren Vortrag und nimmt die folgenden Wortmeldungen der einzelnen Ausschussmitglieder entgegen:

I.

MdR Richter bedankt sich bei Frau Burkert für die Präsentation.

Er möchte zum einen wissen, ob auch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beantragen können, dass ihre Stelle von der Stellenbewertungskommission überprüft wird, und zum anderen möchte er wissen, welches Prozedere bei Nichteinigung der paritätischen Besetzung der Stellenbewertungskommission vorgesehen ist.

Frau Burkert teilt mit, dass die Beschäftigten weiter wie bisher einen Höherbewertungsantrag stellen bzw. ihre Stelle überprüfen lassen können.

In Bezug auf das Prozedere im Falle einer Nichteinigung sei angedacht, dass beispielsweise der Stadtdirektor in solchen Fällen entscheidet. Hierzu befinde man sich aktuell allerdings noch in den Aushandlungen. Aus ihrer eigenen Erfahrung in Zusammenhang mit einer solchen Stellenbewertungskommission könne sie allerdings berichten, dass es über Jahre hinweg noch nie zu einem solchem Fall, in dem man sich nicht einig werden konnte, gekommen sei. An sich sei das Verfahren sehr sachorientiert geprägt. Sollte es also tatsächlich nur an einem einzelnen Punkt liegen, dass man sich nicht einigen kann, dann würde man das Ermessen weitestmöglich entsprechend ausnutzen. In den meisten Fällen seien die Entscheidungen aber so eindeutig, dass sie in der Regel auch von dem gesamten Gremium mitgetragen werden können.

II.

MdR Joisten dankt Frau Burkert ebenfalls für die Darstellung.

Er möchte wissen, ob das Verfahren stellenscharf ist und auf jede einzelne Stelle geschaut wird oder ob Stellen nach Möglichkeit auch geclustert und entsprechend zusammengefasst werden. Vor diesem Hintergrund interessiere ihn auch, wie mit den

vorhandenen Stellen umgegangen wird. Wenn man alle Stellen der Verwaltung bewerten würde, müsste ein spezieller Fahrplan entwickelt und abgearbeitet werden. Dies würde sicherlich einige Zeit in Anspruch nehmen. Er möchte in diesem Zusammenhang wissen, mit welchem Zeitraum gerechnet werden kann und mit welchen Prioritäten ein solcher Fahrplan abgearbeitet wird bzw. die Stellenbewertungen durchgeführt werden.

Frau Burkert bestätigt, dass tatsächlich stellenscharf bewertet wird. Darüber hinaus gebe es aber selbstverständlich auch Stellen mit Tätigkeiten, die gleichartig sind. Als Beispiel hierfür nennt sie den Allgemeinen Sozialen Dienst beim Jugendamt. Dort könne man eine Vielzahl von Stellen dadurch abarbeiten, indem man lediglich eine einzige Stelle bewertet.

Ein Fahrplan für die Überprüfung aller Stellen der Verwaltung könne aktuell nicht erstellt und aus Kapazitätsgründen auch nicht bewältigt werden. Man müsse externe Hilfe hinzuziehen, um die Vielzahl der Bewertungen durchführen zu können. Daher sei in jedem Fall beabsichtigt, dass auch externe Stellenbewertungen vorgenommen werden und diese anschließend durch die Stellenbewertungskommission geprüft werden. Zudem werde ein Clustering in den Bereichen, wo es möglich ist, auch tatsächlich stattfinden.

Abschließend betont sie, dass der Arbeit der Stellenbewertungskommission aus ihrer Sicht eine entsprechende Priorität zugerechnet wird, damit sich auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sicher sein können, dass ihre Stellen transparent und angemessen bewertet sind.

Abschließend bedankt sich der Vorsitzende im Namen des Ausschusses bei der Verwaltung für ihre Initiative.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

4.8 Neuorganisation des Personal- und Verwaltungsmanagements 1141/2018

Frau Burkert ergreift das Wort und trägt die vorbereitete Folienpräsentation (*siehe Anlage der Mitteilung*) über die Neuorganisation des Personal- und Verwaltungsmanagements vor. Anschließend bedankt sich der Vorsitzende bei Frau Burkert für ihren Vortrag und nimmt die folgenden Wortmeldungen der einzelnen Ausschussmitglieder entgegen:

I.

MdR Dr. Elster bezieht sich auf das Thema *Innovation*. Dies sei jetzt der Stabsstelle 11/0, Steuerung und Controlling zugeordnet. Dies überrasche ihn ein wenig, da es vermutlich nicht um Innovation in Bezug auf Steuerung und Controlling geht, sondern um innovative Personal- und Organisationsprozesse. Er bittet hierzu um Erläuterung. Ferner bezieht er sich auf das Thema bzw. die Stabsstelle 111/0, Forschung und Projekte. Dies klinge überaus spannend. Sicherlich erfülle es auch einen gewissen Marketingaspekt, wenn die Stadtverwaltung hier an dieser Stelle Vorreiter wäre und mit Universitäten etc. spannende Projekte aufsetzen könnte. Seine Fraktion wünsche sich hierzu eine differenzierte Darstellung, sobald die ersten Erkenntnisse gesammelt worden sind.

Frau Burkert erläutert, dass das Thema *Innovation* der Stabsstelle 11/0, Steuerung und Controlling zugeordnet sei, weil dort strategisch vorgegangen wird und die Implementierung von der Stabsstelle aus initiiert wird. Insbesondere werde das Thema *Innovation* dann später im Bereich der Stabsstelle 111/0, Forschung und Projekte auf-

schlagen, aber ebenso auch gleichzeitig im Bereich 112/2, Organisationsentwicklung und auch dort interdisziplinär.

Aus ihrer Sicht gebe es im Zusammenhang mit Master- und Bachelorarbeiten noch viel Luft nach oben. Einerseits gebe es viele Bereiche, in denen bestimmte Themen, die absolut notwendig sind, aufgrund der Zeitnot und der geringen Personalkapazität nicht abgearbeitet werden können, und andererseits gebe es viele Studentinnen und Studenten sowie Absolventinnen und Absolventen, die sich für die Bearbeitung gewisse Themen interessieren. Wenn die Verwaltung bestimmte Themen an diese Personen vergibt, entstehe im Grunde eine Win-Win-Situation. Die Verwaltung würde eine exzellente Ausarbeitung von Themen erhalten und gleichzeitig für Personal werben, welches möglicherweise auch direkt gebunden werden kann. Insofern sei man jetzt dabei, diesen Ansatz entsprechend zu verankern, und auch in Bezug auf das Thema *Personalakquise* noch einmal deutlich mehr Gas zu geben.

II.

MdR Joisten bedankt sich bei Frau Burkert für ihre Ausführungen.

Im Rahmen der Präsentation sei u. a. auch deutlich davon gesprochen worden, wie das Bewerbercenter funktionieren soll. Er teile ihre Meinung vollkommen, dass idealerweise noch am gleichen Tag eine Zusage erfolgen sollte. Derzeit befinde man sich allerdings noch in der Situation, dass es sehr lange Wartezeiten gibt und manchmal nicht einmal eine Absage bzw. Reaktion erfolgt. Dies sei zumindest die Rückmeldung, die er immer wieder erhalte. Insofern gebe es zurzeit eine nicht befriedigende Situation, obwohl eigentlich dringend Personal gebraucht werde. Er bittet daher um weitere Ausführungen zu der Zeitschiene in Bezug auf das Bewerbercenter und um eine Einschätzung, wann man bei dem anvisierten Idealbild ankommen wird. Er möchte wissen, wie hier die Erwartungshaltung der Verwaltung aussieht.

Frau Burkert bestätigt die von MdR Joisten beschriebene Ausgangslage.

Sie betont, dass der Prozess nicht erst dann beginnt, wenn sich jemand bei der Verwaltung bewirbt, sondern eigentlich bereits in Schulen und überall dort anfängt, wo die Verwaltung für sich wirbt, und dann entsprechend weitergeht. Letztendlich ende der Prozess dann mit einem Onboarding und einer Evaluation nach einem halben oder ganzen Jahr, im Rahmen derer man sich danach erkundigt, wie es der Person geht bzw. ob sie gut angekommen ist usw. Dies sei der gesamte Prozess, mit dem man sich momentan befasse und der entsprechend abgebildet werden soll.

Sie berichtet in Bezug auf die Prozessoptimierung, dass zurzeit ein Verwaltungsreformprojekt gemeinsam mit dem Jugendamt durchgeführt werde und die Prozesse enorm verschlankt werden. Wenn der Stellenplan endgültig beschlossen wurde und somit der Rahmen gesetzt ist und Standards festgelegt sind, dürfe es aus ihrer Sicht im Grunde genommen nicht sein, dass das Amt 11 die Stellenbesetzungsverfahren sowohl seitens der Organisationsabteilung als auch seitens des Personalservices noch einmal prüft und sich gegenseitig die Bälle zuspielt. Aus ihrer Sicht sollten stattdessen die Fachdienststellen viel stärker in die Verantwortung genommen werden. Diese würden sich darüber auch sehr freuen. Insofern habe das Amt 11 aus ihrer Sicht die Rolle, stets Sicht zu überprüfen, ob die Standards eingehalten werden und ob insgesamt eine Balance innerhalb der Verwaltung gegeben ist.

Abschließend teilt sie mit, dass das Projekt mit dem Jugendamt bis Mitte diesen Jahres anlaufe, anschließend evaluiert und schließlich nach und nach flächendeckend eingeführt werde.

III.

MdR Richter bedankt sich ebenfalls bei Frau Burkert für die Präsentation, die viele spannende Aspekte enthält, und lobt insbesondere die Verankerung der beiden Berei-

che *Personalentwicklung* und *Personalauswahl* in der Abteilung 111, Kompetenzzentrum.

Er bittet um Information, wie viele Stellen in etwa hinter den drei Abteilungen sowie der Stabsstelle 11/0, Steuerung und Controlling stehen, um eine ungefähre Größenordnung zu erfahren.

Frau Burkert teilt mit, dass es im gesamten Personal- und Verwaltungsmanagement derzeit etwa 280 Stellen gebe. Ihrem Gefühl nach scheine ihr das nicht sonderlich viel zu sein. Vergleichsweise führt sie auf, dass es bei der Stadt Neuss mit rund 150.000 Einwohnern in diesem Bereich knapp 70 Stellen gebe. Daher werde man sich genau anschauen, wo Stellenbedarfe bestehen. An manchen Stellen müssten allerdings erst einmal die Vakanzen nachbesetzt werden. Zu ihrem Dienstbeginn bei der Stadt Köln im vergangenen Jahr habe die Schwierigkeit hoher Fluktuation bei 11 bestanden. Dies sei nun glückweise nicht mehr der Fall. Mittlerweile sei es jetzt auch tatsächlich gelungen, Vakanzen nachzubesetzen. In diesem Sinne gehe es also bergauf. Nichtsdestotrotz sei es aus ihrer Sicht aber auch erforderlich, eine Organisationsuntersuchung durchzuführen, um Klarheit zu erhalten. Diese sollte das Amt nicht selbst durchführen.

Abschließend bedankt sich der Vorsitzende für ihre Ausführungen.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

5 Allgemeine Verwaltungsorganisation

6 Schriftliche Anfragen

6.1 Anfrage der Fraktion DieLinke betreffend "Datenübermittlung an das Bundesamt für das Personalmanagement der Bundeswehr" zur Sitzung am 12.03.2018 AN/0378/2018

**Stellungnahme der Verwaltung vom 12.03.2018
0786/2018**

Der Ausschuss nimmt die Beantwortung der Anfrage zur Kenntnis.

6.2 Anfrage der Fraktion DieLinke betreffend "Auszubildende der städtischen Kliniken, die bei der Stadt angestellt sind" zur Sitzung am 12.03.2018 AN/0377/2018

**Stellungnahme der Verwaltung vom 05.04.2018
0798/2018**

Der TOP wurde vor Eintritt in die Tagesordnung auf Vorschlag von MdR Tokyürek zur nächsten AVR-Sitzung am 28.05.2018 zurückgestellt.

6.3 Anfrage der Gruppe BUNT betreffend "Kinderfeuerwehren, Nachwuchs- und Gesundheitsförderung bei der Kölner Feuerwehr – Sachstand 2017" zur Sitzung am 12.03.2018 AN/0380/2018

**Stellungnahme der Verwaltung vom 17.04.2018
1177/2018**

Der Ausschuss nimmt die Beantwortung der Anfrage zur Kenntnis.

**6.4 Anfrage der CDU-Fraktion betreffend "Tagung der Kölner Hochschulen und Vertretern der Wirtschaft mit Vertretern der Hochschulen der Kölner Partnerstädte" zur Sitzung am 23.04.2018
AN/0404/2018**

**Stellungnahme der Verwaltung vom 23.04.2018
1287/2018**

MdR Dr. Gutzeit bedankt sich bei der Verwaltung für die umfangreiche Beantwortung. Bei der Anfrage gehe es grundsätzlich darum zu prüfen, ob eine wissenschaftliche Tagung mit den Kölner Hochschulen, Vertretern der Wirtschaft und der Partnerstädte durchgeführt werden kann.

Er bezieht sich auf die Beantwortung der Verwaltung bzw. den Vorspann, in welchem ausführlich dargestellt wird, welche Beziehungen es in diesem Zusammenhang bereits gibt. Er zitiert aus dem letzten Satz des Vorspannes, dass die 22 internationalen Partnerstädte ihrerseits international jeweils andere Prioritäten verfolgen als die Stadt Köln, und stellt klar, dass es bei der Anfrage seiner Fraktion nicht hierum gehe. Stattdessen sei das Kernanliegen der Anfrage, die Nutzung der Kompetenzen der 18 Kölner Hochschulen und den Transfer für die Wirtschaft zu erreichen und eine weitere Aktivität im Rahmen der Städtepartnerschaften hinzuzufügen. Insofern stehe dies auch nicht im Widerspruch zu den bisherigen Aktivitäten. Daher möchte er dies noch einmal klarstellen. Die Anfrage wurde offenbar anders verstanden als beabsichtigt. Abschließend teilt er mit, dass der Präsident der Rheinischen Fachhochschule (jetzt: Rheinische Hochschule) dazu bereit wäre, die Koordination und Kooperation mit den Kölner Hochschulen zu übernehmen.

Herr Wolf merkt an, dass er sich redlich darum bemüht habe, die Anfrage so zu beantworten, wie sich die Möglichkeiten aus Sicht des Bereiches OB/5, Internationale Angelegenheiten in den Netzwerkstrukturen, in denen man bereits aktiv ist, darstellen. Den Ausführungen von MdR Dr. Gutzeit könne er insofern nichts hinzufügen. Es gebe bereits Netzwerkstrukturen, die auch entsprechend genutzt werden und die man weiter ausbauen möchte. Dies sei Tagesgeschäft.

Er weist darauf hin, dass die Verwaltung im Rahmen der Beantwortung einen Weg skizziert habe, den sie für realistisch hält. Dies sei eine Tagung im Rahmen der Ringpartnerschaft zwischen Köln, Esch-sur-Alzette, Lille, Lüttich und Turin, weil es hier reziproke Beziehungen und feste Partnerstädte gebe. Dies jedoch erst einmal unter Vorbehalt, da beispielsweise die Partnerstadt Rotterdam andere Prioritäten verfolge und sich von dieser städtepartnerschaftlichen Zusammenarbeit insgesamt im Prinzip auch entfernt habe. Die Stadt Köln sei da eine Ausnahme, weil sie für die Stadt Rotterdam von strategischer Bedeutung ist. Aber die Beziehungen der Stadt Rotterdam zu den anderen Städten der Ringpartnerschaft würden sich ein wenig anders darstellen. Dies mache die Idee einer Tagung ein wenig schwierig. Zunächst einmal brauche man die anderen Partnerstädte als Verbündete in dieser Netzbildung. Ähnliches gelte auch für die Hochschulen, mit denen ebenfalls bereits vielfach zusammengearbeitet werde, insbesondere auch im Bereich der Städtepartnerschaften, da die Verwaltung sehr daran interessiert sei, Synergien zu bilden.

MdR Dr. Gutzeit bedankt sich bei Herrn Wolf für seine mündlichen Erläuterungen. Er selbst habe eingangs bereits angemerkt, dass die Verwaltung die Beantwortung sehr ausführlich verfasst und auch auf die bereits bestehenden Städtepartnerschaften hingewiesen habe. Die Anfrage seiner Fraktion sollte eigentlich nur das Vehikel sein, damit eine wissenschaftliche Tagung stattfindet. Aus seiner Sicht könne man schlichtweg verkünden, dass eine Tagung zu einem Thema, beispielsweise zum Thema *Ökologie*, beabsichtigt sei, und die jeweilige Partnerstadt bitten, eine Person zu entsenden, die Interesse daran hat, an einer solchen Tagung teilzunehmen. Im Ergebnis erhalte man dann einen Austausch. Dies stehe in keinem Widerspruch zu den bereits vorhandenen Aktivitäten, die erhalten bzw. weitergeführt werden. Möglicherweise könne über die Angelegenheit noch einmal gesprochen werden, damit Missverständnisse, die tatsächlich gar keine Missverständnisse sind, vermieden werden.

**6.5 Anfrage der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen und der FDP-Fraktion betreffend "Funktionsfähigkeit des Taxigewerbes in Köln" zur Sitzung am 23.04.2018
AN/0414/2018**

**Stellungnahme der Verwaltung vom 05.04.2018
0952/2018**

MdR Richter bedankt sich bei der Verwaltung für die vorliegende Beantwortung der gemeinsamen Anfrage der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen und der FDP-Fraktion.

Der Beantwortung wurde als Anlage die Mitteilung 2676/2016, die dem AVR im Jahr 2016 vorgelegt worden ist und sich auf das Taxigutachten bezieht, beigelegt. Dies liege nun 1,7 Jahre zurück. Es sei bekannt, dass das Taxigewerbe in Köln nicht gesund ist, da zu viele Taxen vorhanden sind, weniger Fahrten aufkommen, Taxen aber Teil des ÖPNV sind usw. Daher sei es die Intention der Anfrage gewesen zu erfahren, ob die Verwaltung neben der reinen Reduzierung der Taxigenehmigungen noch weitere Maßnahmen unternimmt, um das Taxigewerbe in Köln mittelfristig gesund zu halten. Schließlich sei dies auch Teil des Gutachtens gewesen. Er möchte daher wissen, ob seit dem Vorliegen des Gutachtens bis jetzt in diesem Bereich noch irgendetwas anderes passiert ist und ob die Verwaltung vorhat, hier noch weiter tätig zu werden.

Herr Stadtdirektor Dr. Keller teilt mit, dass sich die Verwaltung darum bemühe, dort, wo es rechtlich möglich ist, Konzessionen einzuziehen. Warum dies allerdings schwierig ist, habe die Verwaltung in der vorliegenden Beantwortung ausführlich dargestellt. Hinzukomme, dass das Taxigewerbe Teil des ÖPNV ist bzw. Taxen als ÖPNV gelten und es sich hier nach wie vor um eine private Branche handelt. Daher sehe die Verwaltung hier eigentlich keine anderen Steuerungsmöglichkeiten.

Der Ausschuss nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

**6.6 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend "Bewachung von Flüchtlingswohnheim durch Rockergruppen" zur Sitzung am 23.04.2018
AN/0448/2018**

**Stellungnahme der Verwaltung vom 13.04.2018
1058/2018**

Der Ausschuss nimmt die Beantwortung der Anfrage zur Kenntnis.

**6.7 Anfrage der Gruppe BUNT betreffend "Antikorruption in Köln - Brauchen wir ein besseres Controlling, z. B. bei der Unterbringung von Flüchtlingen?" zur Sitzung am 23.04.2018
AN/0536/2018**

Hierzu liegt noch keine Beantwortung der Verwaltung vor.

7 Mündliche Anfragen

7.1 Gewährung von Aufwandsentschädigung und Sitzungsgeld für die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik und Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender

Wortbeiträge bzw. mündliche Anfrage von Herrn Spröde siehe unter TOP 4.5

7.2 Parlamentswahlen in der Türkei

MdR Tokyürek bezieht sich auf die Parlamentswahlen in der Türkei im Juni 2018 und möchte wissen, ob sich die Verwaltung schon Gedanken darüber gemacht hat, welche Auswirkungen die Wahlen haben könnten und ob hierzu bereits Gespräche mit der Polizei geführt worden sind. Es bestehe Unruhe innerhalb der Community, die Atmosphäre sei angespannt.

Herr Stadtdirektor Dr. Keller teilt mit, dass die Verwaltung diesbezüglich, so wie auch zu allen anderen Sicherheitsfragen, mit der Polizei im engen Kontakt stehe und die Lage im Auge behalte. Aktuelle würden hierzu jedoch keine Gespräche laufen.

7.3 Fördertopf „Städtepartnerschaften gestalten“ 2017

MdR Möller teilt mit, dass der Beantwortung der Anfrage AN/0134/2018, die ihre Fraktion zur vergangenen AVR-Sitzung am 12.03.2018 gestellt hat, entnommen werden kann, dass im Fördertopf „Städtepartnerschaften gestalten“ 2017 rund 25.000 € im Budget fehlten, um alle Anträge zufriedenstellend abwickeln zu können. Sie möchte wissen, wie es in diesem Jahr aussieht. Es wäre daher schön, wenn die Verwaltung hierzu gelegentlich berichtet und sobald die Anträge abgearbeitet worden sind, auch noch einmal die Größenordnung in Bezug auf die eingereichten Anträge und Mittel darstellen könnte.

Herr Wolf teilt mit, dass er dem Ausschuss zur nächsten oder übernächsten AVR-Sitzung gerne eine Zwischenmitteilung darüber vorlegen kann, wie hoch die Summe der insgesamt beantragten Mittel und das Verhältnis zu den zur Verfügung stehenden Mitteln ist. Zunächst einmal müssten allerdings alle Anträge erfasst und ggf. Informationen von den Antragstellenden nachgefordert werden.

Wie auch in der Vergangenheit geschehen, werde es unabhängig davon zum Jahresende auch wieder eine Mitteilung geben, in der im Einzelnen aufgelistet wird, welche Projekte mit welchen Summen von der Jury beschlossen worden sind und Zuwendungen erhalten.

7.4 Rheinboulevard

MdR Dr. Krupp teilt mit, dass er sich in der vergangenen AVR-Sitzung am 12.03.2018 nach dem Sachstand hinsichtlich der Überwachung des Rheinboulevards durch die KGAB erkundigt habe. Man habe ihm daraufhin geantwortet, dass dies eine Angelegenheit der Grünflächenpartie sei. Gleichwohl sei das Thema für das Ordnungsamt allerdings auch nicht unwichtig. Daher möchte er nun wissen, ob es hierzu Fortschritte gibt. Da die Sommerzeit überraschend schnell naht, sei es seiner Fraktion wichtig zu wissen, dass der Rheinboulevard in guten Händen ist. Die Arbeit der KGAB habe man in diesem Zusammenhang durchaus zu schätzen gelernt.

Herr Rummel teilt mit, dass sich die Verwaltung hierzu derzeit eine einheitliche Verwaltungsmeinung bildet.

Aktuell bestreife der Ordnungsdienst den Rheinboulevard und habe ihn gemeinsam mit der Polizei relativ gut im Griff, es gebe dort keine großen Problematiken. Allerdings habe sich offensichtlich in der Nähe des Rheinboulevards eine gewisse Szene gebildet. Hierzu sei heute auch eine Berichterstattung erfolgt. Die Polizei sei mit der Angelegenheit bereits betraut und der Ordnungsdienst habe zugesagt, sich an Schwerpunktaktionen zu beteiligen. Allerdings stünden bei dieser Szene eher Straftaten im Vordergrund.

Herr Beigeordneter Dr. Rau ergänzt, dass der Geschäftsführer der KGAB in der heutigen Aufsichtsratssitzung der KGAB berichtet habe, dass er den Auftrag in der Tat noch nicht erhalten hat. Darüber hinaus habe er mitgeteilt, dass die KGAB mangels Größe nicht so flexibel sei, um die Menschen, die den Auftrag dann abarbeiten müssten, jederzeit vorhalten zu können. Dies hieße, dass die KGAB den Auftrag, wenn er denn käme, nach aktueller Lage wahrscheinlich nicht sofort umsetzen könnte. Die KGAB habe nachvollziehbarerweise geäußert, dass sie hierfür einen entsprechenden Vorlauf benötigt.

MdR Dr. Krupp bedankt sich für die Informationen.

Er weist darauf hin, dass die Idee der Weiterbeauftragung der KGAB am Rheinboulevard bereits vor Monaten von den Ratsgremien vorgetragen worden sei und er sich in der vergangenen AVR-Sitzung am 12.03.2018 schließlich nach dem Sachstand erkundigt habe. Sollte die KGAB den Auftrag aufgrund der Kurzfristigkeit nun quasi nicht ausführen können, könne er dies nicht nachvollziehen.

7.5 Feierlichkeiten zum Persischen Neujahrsfest am Decksteiner Weiher

Herr Cremer bezieht sich auf die Feierlichkeiten zum Persischen Neujahrsfest am Decksteiner Weiher an Ostermontag. Er möchte wissen, was die Verwaltung hierzu berichten kann, wo im Stadtgebiet die Feierlichkeiten außerdem durchgeführt worden sind und welche Kosten der Stadt diesbezüglich entstanden sind.

Herr Rummel teilt mit, dass das Persische Neujahrsfest dort seit Jahren immer wieder stattfindet. Im Rahmen des bestimmungsgemäßen Gebrauchs einer Grünfläche treffen sich dort die Menschen, um sich zu freuen, zu grillen usw. In diesem Jahr haben sich die Feierlichkeiten großer Beliebtheit erfreut, mehrere tausend Menschen waren dort anwesend. Dies habe zu erheblichen Parkverstößen geführt, so dass der Ordnungsdienst dann auch tätig geworden sei, den Verkehr geregelt und auch Abschleppmaßnahmen durchgeführt habe. Man habe außerdem festgestellt, dass dort entgegen dem bestimmungsgemäßen Gebrauch auch Lautsprecheranlagen und Zelte aufgebaut waren. Dies habe man angesichts geringer Einsatzmittel allerdings nicht

verhindern können. Gegen Abend dann sei es zu mehreren Auseinandersetzungen auf der Fläche und in der Folge zum Einschreiten der Polizei gekommen.

Er betont, dass die Feierlichkeiten nicht als Veranstaltung gewertet werden. Würde man dies nämlich tun, müsste man so viele Auflagen erteilen, dass die Anlage dann nicht mehr zum bestimmungsgemäßen Gebrauch in Frage käme und vermutlich eine Versammlung stattfinden würde, die bei der Polizei beantragt wird. Von daher sei es ein kleiner „Teufelskreis“. Aktuell habe man sich allerdings darauf verständigt, dass der Ordnungsdienst im nächsten Jahr nicht erst darauf wartet bis er gerufen wird, sondern von vornherein vor Ort ist und die Situation massiv regelt. Die Polizei habe auch bereits entsprechende Unterstützung zugesagt.

Auf Nachfrage teilt er mit, dass die Feierlichkeiten zum Persischen Neujahrsfest seinem Kenntnisstand nach nur zentral am Decksteiner Weiher und nicht im übrigen Stadtgebiet stattgefunden haben.

7.6 Veranstaltung der AfD-Fraktion in Köln-Chorweiler

Herr Cremer teilt mit, dass in der vergangenen Woche im Rahmen einer Veranstaltung der AfD-Fraktion in Köln-Chorweiler eine Demonstration stattgefunden hat. Dort sei wohl auch ein Banner von „Kein Veedel für Rassismus“ am Stadtbezirksrathaus in Chorweiler aufgehängt worden. Er möchte wissen, nach welchen rechtlichen Bestimmungen dies erlaubt gewesen ist oder ob es unrechtmäßig geschah.

Herr Stadtdirektor Dr. Keller teilt mit, dass ihm der Vorgang nicht bekannt sei. Er halte ihn auch nicht für so gravierend, dass er überprüft werden müsse.

8 Anträge

8.1 Richtlinien des Rates für die Neu- und Umbenennung von Straßen und Plätzen AN/0070/2017

Stellungnahme der Verwaltung vom 02.02.2017 0338/2017

MdR Dr. Krupp erläutert, dass der vorliegenden Antrag der SPD-Fraktion so zu sagen der Ursprung aller Bemühungen gewesen sei, die Richtlinien für die Neu- und Umbenennung von Straßen und Plätzen umzuändern. Die Zielrichtung sei eindeutig, nämlich Frauen im Stadtbild sichtbarer zu machen. Seine Fraktion halte dies für dringend geboten. Der Stellungnahme der Verwaltung könne zwar entnommen werden, dass nicht 6%, wie im Antrag aufgeführt, sondern 11% aller nach Personen benannten Straßen nach Frauen benannt sind. Doch auch dieser Anteil sei ein wenig mager, da sei man sich vermutlich schnell einig. Daher sei das Anliegen seiner Fraktion weiterhin, die Richtlinien so umzuändern, dass die Gendergerechtigkeit und die Repräsentation von Frauen im Straßenbild jetzt zuvorderst verfolgt werden, um hier eine Gerechtigkeit herzustellen. Der Stellungnahme der Verwaltung könne ferner entnommen werden, dass eine Änderung der Richtlinie so zu sagen bereits im Gang sei und alles seinen geordneten Weg gehen würde. Die diesbezügliche Beschlussvorlage habe nun auch wieder auf der Tagesordnung der heutigen AVR-Sitzung gestanden, wurde von der Verwaltung augenscheinlich allerdings kurzfristig endgültig zurückgezogen. Daher müsse seine Fraktion nun verkünden, dass sie ihren Antrag heute zur Abstimmung stellen möchte.

MdR Dr. Elster verweist auf die vorliegende Stellungnahme der Verwaltung zum SPD-Antrag. In dieser werde dargestellt, dass das Thema *Gendergerechtigkeit* auch ohne die Einbringung des Antrages der SPD-Fraktion ein zentrales Anliegen im Rahmen der zu überarbeitenden Richtlinien sein werde und dass es insofern keinerlei Handlungsbedarf seitens des AVR gebe.

Er merkt an, dass die Stadt Köln sowohl über 10 Jahre lang einen Stadtdirektor als auch viele Jahre lang einen Oberbürgermeister von der SPD-Fraktion hatte, die dieses Thema sicherlich mitverantwortet haben. Nun sei die SPD-Fraktion gerade einmal einige Monate nicht mehr in der Situation, diese Themen entscheidend mitzuberaten, und reiche plötzlich einen solchen Antrag ein.

Er betont, dass die Verwaltung bereits dargestellt habe, dass sie sich längst diesem Thema annehme. Anhand der Wachstumsraten, die in der Stellungnahme der Verwaltung aufgeführt werden, könne man feststellen, dass die Verwaltung es innerhalb von kurzer Zeit geschafft habe, den Anteil der Benennungen nach Frauen deutlich zu erhöhen. Insofern befinde man sich bereits auf dem richtigen Weg. Verständlicherweise könne nicht ad hoc alles vollkommen anders entschieden werden. Stattdessen werde es einige Jahre dauern, dies habe die Verwaltung auch dargestellt. Letztendlich gebe es aus seiner Sicht daher keine Notwendigkeit, den vorliegenden Antrag der SPD-Fraktion zum jetzigen Zeitpunkt hier zu beschließen. Man sollte nun die überarbeitete Version der Richtlinien abwarten.

MdR Richter schlägt vor, nicht über dieses Thema zu streiten, da vermutlich alle in dieselbe Richtung denken. Die Vorlage der Verwaltung sei nach seinem Kenntnisstand zurückgezogen worden, da aus den einzelnen Bezirksvertretungen verschiedene Rückmeldungen gekommen sind und daher noch einmal eine neue Vorlage erstellt wird. In diese Vorlage zur generellen Überarbeitung der Richtlinien fließe dann richtigerweise der SPD-Antrag ein, wie seinerzeit besprochen.

Möglicherweise könne die Verwaltung aber noch einmal selbst kurz darlegen, warum die Vorlage von der Tagesordnung der heutigen AVR-Sitzung kurzfristig zurückgezogen worden ist und wann hier mit einer neuen Vorlage gerechnet werden kann.

MdR Dr. Krupp bezieht sich auf die Ausführungen von MdR Dr. Elster, dass die Verwaltung in ihrer Stellungnahme zu dem Antrag der SPD-Fraktion dargelegt habe, dass dieser quasi überflüssig sei, und zitiert folgenden Absatz aus der Stellungnahme der Verwaltung:

- Zu 1. Selbstverständlich wird die neue Satzung den Erfordernissen der Gendergerechtigkeit Rechnung tragen und entsprechende Formulierungen erhalten.
- Zu 2. Eine Formulierung mit diesem Tenor kann in den Entwurf der Satzung aufgenommen werden.
- Zu 3. Die neue Satzung soll durch den Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales sowie die Bezirksvertretungen beraten und durch den Rat der Stadt Köln beschlossen werden.

Er fasst zusammen, dass die Stellungnahme der Verwaltung die drei geforderten Punkte der SPD-Fraktion abarbeitet und in jedem Punkt jeweils Bezug darauf nimmt, dass die Verwaltung einen Entwurf der neuen Richtlinien präsentieren wird. Dieser Entwurf sei nun allerdings kurzfristig von der Tagesordnung der heutigen AVR-Sitzung zurückgezogen worden. Die Auffassung, dass sich der Antrag seiner Fraktion nun erledigt haben soll, könne er nicht nachvollziehen.

Herr Stadtdirektor Dr. Keller ergreift das Wort.

Ob sich ein Antrag erledigt hat oder nicht, sei eine Bewertung, die hier im Ausschuss vorgenommen werden muss. Er könne gerne noch einmal im zuständigen Dezernat

nachhören, was die Gründe für das Zurückziehen der Richtlinie gewesen sind. Aber er vermute, dass es so ist wie MdR Richter eingangs mitgeteilt hat und es hier tatsächlich noch Abstimmungsbedarf gibt.

MdR Dr. Elster merkt an, dass man nichts beschließen müsse, was die Verwaltung ohnehin umsetzt.

Nach einer kurzen Aussprache erinnert MdR Richter daran, dass seinerzeit vereinbart wurde, dass der SPD-Antrag in die Vorlage der Verwaltung zu den Richtlinien für die Neu- und Umbenennung von Straßen und Plätzen einfließt. Daher sei der Antrag der SPD-Fraktion seinerzeit von der Tagesordnung genommen worden bzw. in die Vorlage der Verwaltung hineingeflossen. Nun sollte aus seiner Sicht die neue Vorlage der Verwaltung abgewartet werden, die anscheinend noch abgestimmt werden muss und dann das Anliegen der Gendergerechtigkeit enthalten wird. Insofern gehe die Angelegenheit ihren Gang.

MdR Dr. Krupp merkt an, dass die Vorlage der Verwaltung endgültig zurückgezogen worden ist und sich seine Fraktion nicht auf unbestimmte Zeit verträsten lässt, sondern an ihrem Antrag festhalten möchte.

Der Vorsitzende lässt den Ausschuss über den von MdR Richter gestellten Antrag nach der Geschäftsordnung abstimmen:

Beschluss:

Der Antrag der SPD-Fraktion wird solange zurückgestellt bis eine (neue) Vorlage der Verwaltung vorliegt.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich zugestimmt bei Gegenstimmen der SPD-Fraktion und der FDP-Fraktion.

**8.2 Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Leitbild Ordnungsdienst 2020"
AN/0629/2018**

Der Tagesordnungspunkt wurde wegen Sachzusammenhang gemeinsam mit dem Tagesordnungsordnungspunkt

**4.1 Zielbild 2020 - Maßnahmen zur Stärkung des städtischen Ordnungsdienstes
2763/2017**

**Mitteilung zum Antrag AN/0135/2018 der Fraktion DIE GRÜNEN in der BV
7 (Porz) vom 30.01.2018
0668/2018**

behandelt, siehe oben.

9 Platzvergaben

**9.1 Genehmigung für die Durchführung von Veranstaltungen auf den zentralen Innenstadtplätzen für das 2. Halbjahr 2018
0134/2018**

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt,

1. den zentralen Innenstadtplatz Heumarkt für die Durchführung
 - des Altstadtfestes vom 10.08. – 12.08.2018 (incl. Auf- und Abbauzeiten 08.08. – 13.08.2018)
2. den zentralen Innenstadtplatz Neumarkt für die Durchführung
 - des Antik und Design Marktes vom 31.08. – 02.09.2018 (incl. Auf- und Abbauzeiten 30.08. – 03.09.2018)
 - der Side Events zum Köln Marathon vom 04.10. – 07.10.2018 (incl. Auf- und Abbauzeiten 27.09. – 09.10.2018)
3. den zentralen Innenstadtplatz Rudolfplatz für die Durchführung
 - des Antikmarktes vom 14.09. – 16.09.2018 (incl. Auf- und Abbauzeiten 13.09 – 17.09.2018)
4. den zentralen Innenstadtplatz Roncalliplatz unter Bezug auf die bereits erfolgte Genehmigung der Konzertreihe „Legenden“ vom 01.08. – 03.08.2018 (Beschlussvorlage Nr. 2718/2017) zusätzlich auch am 04.08.2018 für die Durchführung eines Abschlusskonzertes von Charles Aznavour

den jeweiligen Veranstaltern zur Verfügung zu stellen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**9.2 Roncalliplatz: Durchführung der Ausstellung Transition vom 20.04.2018 - 06.05.2018
1054/2018**

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

10 Allgemeine Vorlagen

**10.1 Richtlinie für die Benennung von Straßen
2998/2017**

Die Vorlage wurde von der Verwaltung endgültig zurückgezogen.

**10.2 Satzung der Stadt Köln über die Errichtung und Unterhaltung von Einrichtungen für obdachlose Personen; Satzung der Stadt Köln über die Erhebung von Gebühren für die Inanspruchnahme von Einrichtungen für obdachlose Personen
0373/2018**

Vor Eintritt in die Tagesordnung stellt der Ausschuss die Vorlage zur nächsten AVR-Sitzung am 28.05.2018 zurück, da auch der Ausschuss Soziales und Senioren sie in seiner vergangenen Sitzung am 19.04.2018 zurückgestellt hat.

Beschluss:

Die Vorlage wird zurückgestellt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

10.3 Neubau des Kölnischen Stadtmuseums und des Studiengebäudes für das Römisch-Germanische Museum im Rahmen des Neubaus Historische Mitte

**Hier: Erweiterter Planungsbeschluss auf der Basis der Weiterentwicklung des Wettbewerbsentwurfs des Büros Staab Architekten, erster Preisträger des Realisierungswettbewerbs
0353/2018**

**Antrag des sachkundigen Einwohners Herrn Adolf auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
AN/0648/2018**

MdR Dr. Krupp schlägt vor, den TOP ohne Votum in die nachfolgenden Gremien zu verweisen.

Beschluss:

Die Vorlage und der Antrag des sachkundigen Einwohners Herrn Adolf werden ohne Votum in die nachfolgenden Gremien verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**10.4 Ersatzbeschaffung einer Komponente zum bestehenden Data Warehouse
0643/2018**

Beschluss:

Der Ausschuss stellt den Bedarf für die Ersatzbeschaffung einer ETL-Software-Komponente (Extraktion, Transformation, Laden) für die Aufrechterhaltung des bestehenden Data Warehouses der Stadt Köln sowie den Abschluss eines Pflege- und Wartungsvertrages mit vierjähriger Laufzeit mit einer Kostenschätzung von rund 521.000 Euro netto bzw. rund 620.000 Euro brutto fest.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**10.5 Modernisierung der Leitstelle der Feuerwehr Köln - Projekt „Leitstelle 2020“
Umsetzungsbeschluss Teil 1 - IT-Technik
0778/2018**

Beschluss:

Der AVR empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

1. Der Rat beschließt die Neubeschaffung eines Einsatzleitsystems, die Neubeschaffung eines Kommunikationssystems, die Modernisierung des Alarmierungssystems und die Beschaffung der erforderlichen IT-Plattform für die Leitstelle der Feuerwehr Köln mit investiven Kosten i.H.v. 10.578.699 € (brutto incl. Fachplanung) und beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung der IT-Maßnahmen.
2. Die Finanzierung der investiven Mittel und der sich aus den Investitionen ergebenden Abschreibungen sowie der Aufwendungen für Wartung/Support und Schulungen erfolgt aus bereits veranschlagten Mitteln im Teilfinanz-, bzw. Teilergebnisplan 0212 Brand- und Bevölkerungsschutz, Rettungsdienst.
3. Der Rat beschließt die Freigabe der für die Planung und Umsetzung der IT-Maßnahmen notwendigen Mittel in Höhe von 10.578.699 € im Teilfinanzplan 0212 Brand- und Bevölkerungsschutz, Rettungsdienst, Finanzstelle 3701-0212-0-0700 Leitstellenrechner, Haushaltsjahr 2018.
4. Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass die Planungen für die erforderlichen baulichen Maßnahmen noch nicht abgeschlossen sind. Hierzu legt die Verwaltung einen weiteren Umsetzungsbeschluss (Teil 2 - Gebäude) mit einer Gesamtdarstellung der finanziellen Auswirkungen vor. Die Umsetzung der Gesamtmaßnahme im Kostenrahmen des Planungsbeschlusses (DS-Nr. 3382/2016) wird angestrebt.
5. Unter dem Vorbehalt des Einvernehmens mit den Kostenträgern im Rettungsdienst (gesetzliche Krankenkassen) werden 60% der entstehenden Aufwendungen für bilanzielle Abschreibungen sowie die Aufwendungen für Wartung/Support und Schulungen über Rettungsdienstgebühren im bodengebundenen Rettungsdienst und in der Luftrettung refinanziert.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**10.6 15. Satzung zur Änderung der Satzung der Zusatzversorgungskasse der Stadt Köln
0885/2018**

Beschluss:

Der AVR empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

Der Rat beschließt die 15. Satzung zur Änderung der Satzung der Zusatzversorgungskasse der Stadt Köln in der als Anlage 1 zu diesem Beschluss paraphierten Fassung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

10.7 Einrichtung einer Fahrradstaffel beim Ordnungs- und Verkehrsdienst 0419/2018

Auf Nachfrage von Herrn Bauer-Dahm teilt Herr Stadtdirektor Dr. Keller mit, dass sich die Fahrradstreife schwerpunktmäßig im Bereich der Innenstadt bewegen wird. Dies hieße aber nicht, dass man nicht grundsätzlich bereit wäre, in den anderen Stadtbezirken auch zu bestreifen. Aber alleine aufgrund der Erreichbarkeit von der Einsatzzentrale aus sei die Innenstadt absoluter Schwerpunkt. Da die Bezirksvertretung Innenstadt quasi ein Initiator dieses Vorhabens gewesen ist, sei sie mit in die Beratungsfolge aufgenommen worden.

Beschluss:

Der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales erkennt den Bedarf in Höhe von 179.945 EUR (brutto) für die Einrichtung einer Fahrradstaffel im Ordnungs- und Verkehrsdienst an.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

11 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen

Bernd Petelkau
Vorsitzender

Midia Mahmod
Schriftführerin